

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage: „Die Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 66 24.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 71.

Breslau, Donnerstag, 24. März 1892.

3. Jahrgang.

## Von der Julirevolution.

I.

Berliner Brief.

65.

Die absolutistischen Neigungen mancher Fürsten der Neuzeit, welche an der Spitze konstitutioneller Länder stehen, sind für jeden, der die Geschichte kennt, durchaus keine unbekannte Erscheinung.

Mit einziger Ausnahme der englischen Königsfamilie, der durch die Verfassung die Hände vollständig gebunden sind, finden wir fast in allen herrschenden Familien Mitglieder, welche ihren Willen dem Wunsche der Mehrheit des Volkes und den verbrieften und heiligem Rechten des Landes glauben gegenübersetzen zu können. Es ist dies eine Anschauungsweise, welche in der famosen Idee des Gottegnadentums wurzelt.

Mag das Unglück der Vorfahren sie auch noch so eindringlich belehren, wie gefährlich ein solches Beginnen ist, der Gedanke ist zu berückelnd: „Alle Macht, welche ich besitze, habe ich von Gott und diese Macht benuze ich, „mein Volk“ zu regieren.“

Bortreffliche Beispiele solcher königlichen Naivetät bietet die Geschichte der beiden letzten Bourbonen, welche den französischen Königstron innehatten.

Die Bourbonen sind ein zähes Geschlecht, sie überdauerten die Revolution und deren Meister, den ersten Napoleon.

Der geistvolle Herzog von Broglie hat uns in seinen „Erinnerungen“ besonders aus den Tagen der Restauration vieles Interessante erzählt, was uns eindringlich lehrt, wie wenig die Bourbonen aus der französischen Revolution gelernt hatten.

Erinnern wir uns der Regierungszeit Ludwigs XVIII. und Karls X., welche von 1814, beziehentlich 1815 bis 1830 dauerte.

Als die Alliierten im Jahre 1814 in Paris einzogen, dachte niemand in Frankreich daran, daß es zu einer Restauration der Bourbonen kommen könnte. Die Legende von der heißen Sehnsucht, mit welcher die Pariser der Wiedereinsetzung des legitimen Königshauses entgegengesehen haben sollen, ist längst von der Geschichtsforschung zerstört. Trotz all seines Unglücks war Napoleon noch immer populärer als die Bourbonen. Der Kaiser war nach der Insel Elba abgereist, und Ludwig XVIII., der Bruder des hingerichteten Ludwigs XVI. hatte seinen Einzug in Paris gehalten.

Als sich nun nicht lange darauf die Kunde verbreitete, daß der Gefangene von Elba an der Küste der Provence gelandet sei und auf Paris marschiere, welches Entsetzen, mehr aber noch welche eine Komödie gab das in der offiziellen Welt! Die Regierung bot einen bemitleidenswerten Anblick dar. Die unglaublichsten Gerüchte ließen sie in keiner Stunde des Tages und der Nacht zur Ruhe kommen. Man schwur dem Tyrannen Rache.

Man bereitete sich zu unbeugbarem Widerstand vor mit dem festen Vorsatz, nicht einmal den ersten Anprall auszuhalten. Die beiden Kammern schienen ebenso ratlos wie der König selbst, der die Deputierten verachtete und immer darauf ausging, seinen Rang, sein Recht und seine Macht aufrecht zu erhalten.

Die Sitzung, in welcher Ludwig XVIII. erschien, um zu verkünden, daß er bei Verteidigung des Landes gegen den Usurpator auf den Stufen des Thrones zu sterben wissen werde, muß jedenfalls recht effektiv gewesen sein. Die Teilnehmer an jener Sitzung mochten

dieselben Gefühle haben, wie temperamentvolle Schauspieler, die irgend eine erregte Szene darstellen müssen. Sobald der Vorhang aber fällt, verräumen auch die Leidenschaften. Ludwig XVIII. verließ bald darauf Paris, und Napoleon traf bereits am nächsten Tage dort ein.

Während der hundert Tage strömten die Legitimisten nach Lüttich, wo der dicke und gelähmte Ludwig XVIII. das Vorüberfahren der letzten und gewaltigsten napoleonischen Sturmflut nicht ohne Zittern abwartete.

Broglie war während der hundert Tage Mitglied der Kammer der Deputierten. Nach dem Sturze Napoleons trat er wieder in die Pairskammer. Die Ausschreitungen der Restauration und der Reaktion erfüllten ihn mit tiefem Widerwillen. Wo es anging, trat er ihnen entgegen, wie er denn zu den wenigen Pairs gehörte, die auf die feierliche Umfrage in der als Gerichtshof konstituirten Pairskammer, ob der Marschall Ney durch seinen Uebertritt zur Sache Napoleons Hochverrat begangen habe, mit „Nein“ antworteten.

Wie Broglie, so empfanden alle tüchtigen Franzosen die stagnierende Wirkung der Regierung Ludwigs XVIII. und dann die seines Bruders Karls X. als einen unerträglichen Hemmschuh des modernen Lebens.

Guizot, der berühmte französische Staatsmann und Geschichtsschreiber, von welchem das berühmte gewordenwort: „Enrichissez-vous“ (Vereichert euch) herkommt, erzählt von Ludwig XVIII., dem er sich während der zweiten Emigration im Jahre 1815 in Gent vorstellte, der König sei außer Stande, einen Rat oder einen Anstoß zu geben. Er habe wenig Ideen und keine Leidenschaft. Arbeit und Aufregung liebe er nicht. Er ließe die Dinge gehen, wie sie gingen, weil er durchaus zu wenig energisch sei, um die Menschen zu beherrschen und sie zur Erfüllung seines Willens an-

## Eine moderne Ehe.

Es war bereits 10 Uhr Vormittags, da er den letzten Brief an seinen Bruder beendete. Die ganze Nacht über hatte er geschrieben, gerechnet, seine Papiere geordnet, die letzten Verfügungen getroffen; er war auf alles gefaßt. Vor zwei Stunden hatten sich seine Sekundanten zu Herrn Terlaki begeben, nunmehr erwartete er ihre Wiederkehr. Seine Frau, die er so abgöttisch angebetet und die ihn so schmäzlich betrogen, hatte er seit einem Tage nicht gesehen. Er hat seit dem Augenblick, da er die beiden Verbrecher überraschte, kein Wort an sie gerichtet und er fürchtete sich vor dem Augenblicke, da er strafend und zugleich selbst vernichtet ihr entgegentreten sollte. Er stand auf, öffnete das Fenster und ließ die frische Morgenluft ins Zimmer, die seine müde Stirn erfrühlend umwehte.

Draußen läutete Jemand. „Meine Sekundanten“ — dachte Dorogh und ging, die Tür zu öffnen. Aber er stand wie festgebannt, als auf sein „Herein“ Terlaki an der Schwelle erschien.

Mit aufflammendem Haße wollte Dorogh auf seinen Todfeind losstürzen, doch die ruhige Miene seines Gegners, der die handschuhumspannte Rechte zu ruhiger Abwehr ausstreckte, bannte ihn förmlich und er blieb mit geballten Fäusten und zusammengebissenen Lippen vor Terlaki stehen.

„Mein Herr,“ begann dieser, „das Seltsame dieses meines Schrittes möge das, was ich Ihnen zu sagen habe, einigermaßen erklären.“

Dorogh schwieg.

„Ich habe Sie schwer beleidigt,“ fuhr Terlaki fort. „Sie haben mich heute natürlich fordern lassen. Ich komme, Ihnen zu erklären, daß ich mich auf keinen Fall mit Ihnen schlage!“

Sein Gegenüber fuhr wütend auf.

„Beruhigen Sie sich, mein Herr, ich geben Ihnen durch meine Weigerung lediglich einen Beweis meiner Achtung und meiner Reue. Ein Duell würde für Sie fast unbedingt den Tod bedeuten; Sie wissen, daß ich der traurigen Ruhm des besten Fechters und Schützen in unserer Stadt besitze, und somit wären Sie im Falle eines Duells meiner Großmut ausgeliefert. Denn obwohl ich die an Ihnen begangene Schuld aufrichtig bereue und Ihnen gerne irgend eine Art von Genugthuung bieten möchte, so können Sie doch nicht erwarten, daß ich mich Ihrer Kugel oder Ihrer rachschnaubenden Klinge, ohne mich meiner Haut zu wehren, ausliefern. Sie können mich durch einen öffentlichen Austritt zum Duell zwingen wollen, aber ich bemerke Ihnen, daß ich zwei Mal so stark bin, wie Sie, und ich es auf keine Weise zu einem Zweikampf kommen lasse, da ich es mit meinem Gewissen nicht für vereinbar halte, Sie zur Sühne des an Ihnen begangenen Verbrechens auch noch umzubringen.“

„Seien Sie versichert, daß ich Sie töten werde.“

„Das werden Sie nicht, weil Sie mich töten wollen, und weil Ihre blinde Wut Sie mir geradezu ausliefert. Herr Dorogh, Sie sind ein Ehrenmann vom Kopf bis zur Zehe, der ich Ihnen im gegenwärtigen Augenblicke nicht erscheinen dürfte; — aber ich halte es für meine Pflicht, Ihnen selbst auf Kosten einer schwindenden Ehrlosigkeit die Augen zu öffnen . . . Lassen Sie sich von Ihrer Frau scheiden!“

„Herr —!“

„Seien Sie überzeugt, es ist der einzige Weg zu Ihrem Glücke. Ihre Frau paßt dem Temperament, der Erziehung, dem Charakter nach so wenig zu Ihnen, daß Sie an Ihrer Seite nicht mehr werden leben können. Ich schätze Sie schon seit Langem als einen der achtbarsten Männer unserer Gesellschaft und trotz der Freibeuterei eines modernen Junggesellen, der in jeder hübschen jungen Frau Kapergut erblickt, hätte ich mich nicht an Ihnen verlobt, wenn nicht — die Beute selbst in mein Fahrwasser gefegelt wäre. Ich war vielleicht der erste, der Sie hintergangen — der letzte werde ich gewiß nicht sein.“

„Erbärmlicher Schurke!“

Mit leichter Mühe entledigte sich der atletische Terlaki des jungen Gelehrten, der wütend gegen ihn losgestürzt war, und warf ihn nicht unsanft auf sein Ruhebett zurück.

Dorogh sprang auf und griff nach der Klingel.

Ein Diener erschien.

„Rufe meine Frau!“

(Schluß folgt.)

zuhalten. Aber trotz seiner Schwäche zeichne ihn ein ruhiges Vertrauen aus in die Kraft seines Namens und seines (vermeintlichen) Rechtes.

Die französische Revolution hatte mit blutigen Tritten den Feudalismus und den ganzen alten Blunder des früheren Groß-Herrenwesens niedergetreten. Dem Könige Ludwig XVI. und seiner Gemahlin Marie Antoinette war der Lebensfaden durch das Fallbeil der Guillotine abgeschnitten. Trotzdem hatten die anerzogenen Anschauungen des alten Königtums so feste Wurzeln im Geiste Ludwigs XVIII. geschlagen, daß er vollständig unfähig war, sich in die durch die Revolution und die Herrschaft Napoleons gänzlich veränderte Situation hineinzufinden.

So kam es, daß er seinen stolzen Platz auch nicht annähernd auszufüllen im Stande war. Ludwig XVIII. war eben ein Mann des Ancien Régime (der alten Regierungsmethode) geblieben. Das rollende Rad der historischen Entwicklung war natürlich dadurch nicht aufzuhalten gewesen und wenn der König nicht nach kurzer Regierungszeit gestorben wäre, so wäre es ihm sicher ergangen, wie es seinem ebenso unklugen Bruder später wirklich ergangen ist, den die Revolution von 1830 ohne viel Sang und Klang einfach bei Seite legte.

### Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Dem Reichstag ist eine Ergänzung zum Reichshaushalts-Gesetz für das Etatsjahr 1892/93 vorgelegt worden, wonach für die Kosten der Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in Chicago 2 000 000 Mk. mehr gefordert und diese durch Militärbeiträge aufgebracht werden sollen.

Berlin. In der Ministerkrise ist keine Forderung eingetreten. Eine Kombination, wonach Jellig Landwirtschafminister werden sollte, gilt für aussichtslos, da er auf seinem Rücktritt beharrt. Vor der Rückkehr des Kaisers ist eine Entscheidung nicht zu erwarten.

Berlin. Der letzte Kronrat beschäftigte sich, wie gemeldet wird, mit der Frage der Entschädigung der bisher steuerfreien Reichsunmittelbaren. Es verlautet jetzt, daß eine Entschädigung beschlossen worden ist, die weit hinter den Wünschen der Beteiligten zurückbleibt.

Menuett in den Militärlasinos. „Auf höheren Wunsch“, so melden Zeitungen, übt man jetzt in den Lasinos das Menuett-Tanzen ein. Das sind allerdings leichtere Weinübungen, als die, welche in dem Erlaß des Herzogs Georg zu Sachsen beschrieben sind.

Nachklänge zum 18. März. Wir entnehmen dem „Vorwärts“ Folgendes: Daß unsere Bourgeoisie den Tag verleugnet, an welchem sich die Wende vom absoluten zum konstitutionellen Staatsregime vollzogen hat, erwähnten wir bereits gestern. Heute können wir hinzufügen, daß sie mit dem ingrimmigen Hass, den der Renegat noch immer gegen den Charakter empfunden hat, gegen alle die wütet, welche noch der altväterlichen Ansicht huldigen, daß die Treue kein leerer Wahn sein dürfe. An den Kämpfen des 18. März waren die Metallarbeiter bekanntlich hervorragend beteiligt. Die Denkmäler, welche die Arbeiter der Fabriken von Borzig und Wöhlert ihren gefallenen Kameraden gesetzt haben, legen dafür beredtes Zeugnis ab. Freilich nehmen sich die Inschriften jener Denkmäler, die von Freiheit erzählen, wie blutiger Spohn angefiacht der Tatsachen aus, daß die Nachkommen jener Kämpfer statt der Freiheit das Regiment der Kühnemann geerbt haben. Trotzdem gedenken die Metallarbeiter ihrer gefallenen Toten und jährlich werden von der Organisation oder einzelnen Fabriken Kränze auf den Hügel im Friedrichshain niedergelegt. So geschah es auch diesmal. Unter den geknüpften Kränzen befand sich nun auch ein solcher, der von den Arbeitern der Schwarzkopffischen Fabrik gewidmet war. Darob geriet die Direktion dieser Fabrik außer sich, und um zunächst ein Exempel zu statuieren, wurden sechs Arbeiter, die im Verdacht standen, jene Kranzspende gefördert zu haben, Knall und Fall entlassen. Nachdem man auf diese Weise mit der Hungerpeitsche gewinkt hatte, wurde folgender Ukas angeschlagen, dessen Niedrigerhängen genügen dürfte:

Zu unserem höchsten Bedauern haben wir durch die Zeitung davon Kenntnis erhalten, daß am 18. März ein Kranz mit roter Schleife, die Aufschrift enthaltend:

Gewidmet von den Arbeitern der Schwarzkopffischen Fabrik „Sibirien“ —

in demonstrativer Weise auf dem Kirchhof im Friedrichshain niedergelegt worden ist. Erst vor wenigen Tagen nahmen wir bei dem, die Fabrik, ihren Chef betroffenen

herben Trauerfall Veranlassung, unserem gesammten Beamten- und Arbeiterpersonal unseren Dank für ihr teilnehmendes und würdevolles Verhalten auszusprechen. Wir sind auch heute noch der Ansicht, daß die überwiegende Mehrzahl unserer Arbeiter mit uns in ihren Gefinnungen, der Treue zu unserem Kaiser und König und der Treue zu unserem Vaterland eins ist, und Recht und Ordnung und Frieden, welche ihr Verul und ihre Familien erheischen, wie wir zu wahren sucht. — Wir können daher nur annehmen, daß einige unberufene Feinde der Ordnung und des Friedens, in rücksichtsloser Vergewaltigung, das heißt, ohne das erforderliche Einverständnis aller Arbeiter einzuholen, in deren Namen sich erkühnt haben, diese Erklärung öffentlich abzugeben.

Um solchen unwürdigen Uebergriffen in gerechter und erfolgreicher Weise ebenso öffentlich entgegenzutreten zu können, haben wir angeordnet, daß bei den einzelnen Meistern unseres neuen Werkes Listen ausliegen, in welche wir alle diejenigen ersuchen, ihren Namen einzusetzen, welche Protest gegen die oben angeführten Demonstrationen einlegen wollen.

Berlin, den 19. März 1892. Die Direktion.

Das heißt in nackten Worten: Die Hungerpeitsche dazu benutzen, um den Arbeiter zur öffentlichen Verleugnung seiner Gefinnung zu zwingen. Wenn irgend eine Bezeichnung für eine solche Fabriksleitung begrifflich ist, so ist es das Wort „Sibirien“, welches die Arbeiter auf ihren Kranz setzten.

Selgoland. Für die Ausbreitung des Sozialismus auch unter den einheimischen Inselanern sorgen die zahlreich anwesenden Arbeiter aus Hamburg zc. in bester Weise. Es ist zu hoffen, daß bei der nächsten Reichstagswahl das neueste Stück Deutschlands eine erhebliche Zahl sozialdemokratischer Stimmen bringt, zum großen Aerger unserer Hurrah-Patrioten, welche bei der Erwerbung Selgolands in einen förmlichen Freudenrausch gerieten, dem nun der unausbleibliche Kagenjammer folgen wird. Die Arbeiter-Marshallaise ist schon jetzt auf Selgoland das populärste und am häufigsten gehörte Lied.

Meisterei. Die Resultate über die Reichstagsersatzwahl lassen eine Stichwahl zwischen dem konservativen Grafen Schwerin-Wolfshagen und dem freisinnigen Kandidaten Wilbrandi-Biede als sicher erscheinen. Für Mecklenburg ist dies immerhin bemerkenswert.

### Ausland. Oesterreich.

Den Klerikalen Oesterreichs gab die Einbringung des reaktionären Volksschulgesetzentwurfs im preussischen Landtage Mut zu einem Ansturm auf das österreichische Schulgesetz, das den Pfaffen noch nicht schlecht genug ist. Man meldet: „Im österreichischen Landtage brachte Bischof Doppelbauer einen von sämtlichen Abgeordneten des Großgrundbesitzes und der Landgemeinden unterschriebenen Antrag auf Abänderung des Schulaufsichtsgesetzes ein. Durch Vermehrung der Vertreter des Landesauschusses und der katholischen Kirche, sowie durch Beschränkung des Stimmrechtes des Vertreters der israelitischen Kultusgemeinde auf jüdische Schulangelegenheiten im Landes-schulrat soll eine klerikale Mehrheit gebildet werden. In sämtlichen Bezirkschulräten des Landes ist es den Geistlichen bereits gelungen, klerikale Mehrheiten zu schaffen; jetzt kommt der Landesschulrat an die Reihe, dann kann der Tanz beginnen. Mit den liberalen Lehrern würde bald ausgeräumt werden, und es ist begreiflich, daß unter diesen große Besorgnisse herrschen.“ — Das Scheitern des preussischen Gesetzentwurfs wird wol von den Pfaffen nicht mit dem Jubel begrüßt werden, wie die Einbringung desselben.

### Holland.

In einer vor kurzem stattgefundenen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Miswirtschaft der holländischen Bourgeoisie durch ein klassisches Beispiel erläutert. „Es handelte sich“, heißt es in der „Vorwärts Zeitung“, um den Notstand in der Provinz Friesland, besonders in der Umgegend von Beets, wo das Elend zu so graßlicher Höhe gestiegen ist, daß, wie ein Blatt sich ausdrückte, nicht nur gebettelt, sondern geradezu gerant wird, und daß die Privatmildtätigkeit kaum mehr als ein einziger Regen-tropfen in einer großen Sandwüste ist. Hauptsächlich sind es die Beearbeiter, bei welchen der Hunger als ständiger Gast eingekehrt ist, und die Schilderungen, die darüber in einzelnen Blättern veröffentlicht werden, grenzen an das Unglaubliche. Man hatte in der Provinz selbst schon vor Eintritt des Winters mit ziem-

licher Sicherheit vorausgesehen, wie es kommen werde und es halte sich ein Komitee gebildet, welches die Absicht hatte, nicht nur für den nötigen Unterhalt sondern auch für ausgiebige Arbeit zu sorgen, so daß der nothleidenden Bevölkerung der Matel des Almosennehmens erspart werden sollte. In dieser Hinsicht hatte man den Plan entworfen, den ausgezente Grund, dessen Flächeninhalt sich nach Tausenden von Hektaren berechnet, zu Ackerbau und Wiesenland umarbeiten zu lassen, was sich um so leichter hätte bewerkstelligen lassen, als zu diesem Zwecke ein flüssiges Kapital von 360 000 Gulden verfügbar war. Aber was geschah? Der ständige Ausschuss der Provinzialstaaten, d. h. die Provinzialregierung, verweigerte wegen der Nichtbeachtung einiger Formalitäten die Erlaubnis, die geplanten Arbeiten in Angriff zu nehmen, und die Folge ist also, daß die Bevölkerung dazu verurteilt ist, noch einige Wochen lang, bis der Minister die Sache recht genau und gründlich untersucht, hat Hunger zu leiden und zu darben. In dieser Provinz ist überhaupt noch recht Vieles faul. Die reichen Grundbesitzer leben im Haag oder auch in Paris, verzehren daselbst ruhig ihre Pachtzinsen, entgehen dadurch den hohen Steuern, die dann von den weniger Bemittelten getragen werden müssen, und sind durch keine Vorstellungen dazu zu bewegen, Meliorationen an ihrem Grundbesitz vornehmen zu lassen, wodurch hunderte von jetzt zur Untätigkeit verurteilten Händen beschäftigt werden könnten. Es ist hier, als ob man die Armeren gewaltsam in das Lager der Sozialdemokratie treiben wollte, denn nicht einmal der Posten von 100 Gulden, den die Stadt Sneek in ihr Budget eingestellt hatte, um ärmeren Schulkindern während des Winters warmes Essen zu verabreichen, fand Gnade vor den Augen der Provinzialregierung. Und dennoch hat die „Friesische Volkspartei“ sich bis jetzt entschieden geweigert, mit der Sozialdemokratie gemeinschaftliche Sache zu machen. Ob aber diese Weigerung angesichts der hier geschilderten Tatsachen noch länger Stand halten wird, dürfte ernsthaften Zweifel unterliegen. Wenn es noch eines weiteren Beweises bedürfte, daß das allgemeine Stimmrecht denn doch etwas mehr als eine politische Phrase ist, so dürfte er hier in der unwiderlegbarsten Weise geliefert sein; denn so viel steht fest, daß die Provinzial-Verwaltung in Friesland eine ganz andere sein würde, wenn die breiten Volksklassen, über deren Wehe und Wol von einigen wenigen reichen und vornehmen Herren entschieden wird, auf die Zusammenlegung derselben einigen Einfluß hätten.“ — Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

### Frankreich.

Ein Sieg der Frauen. Die französische Kammer hat den Beschluß gefaßt, daß zu den gewerblichen Schiedsgerichten künftighin auch die arbeitenden Frauen und Mädchen das Stimmrecht haben sollen. Nach diesem Beschluß wird es allerdings nötig sein, — wie ein Abgeordneter meinte —, den französischen Namen dieser Schiedsgerichte zu ändern. Dieselben heißen nämlich Conseils des Prud'hommes — wörtlich Räte der klugen Männer. —

### England.

Das allgemeine Achtstunden-Gesetz, welches der englische Sozialist Cunningshame Graham im Unterhaus eingebracht hat, ist kurz und deutlich. Es lautet: „Das Gesetz bestimmt, daß nach dem 1. Januar 1893 Niemand arbeiten soll oder veranlassen oder auch nur gestatten darf, daß irgend eine andere Person arbeite sei es auf See oder Land, in irgend welcher Eigenschaft, unter keinerlei Kontrakt oder Vereinbarung oder Arbeitsvertrag, oder für persönliche Dienste (also auch gültig für Diensthoten) — ausgenommen bei Unglücksfällen — länger als 8 Stunden von 24 oder mehr als 48 Stunden in einer Woche. Ausnahmen kann der Staatssekretär nur dann gestatten, wenn sich die Arbeiter durch Majoritätsbeschluß bereit erklärt haben in eine zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit einzelner Branchen oder Beschäftigungen einzuwilligen. Unternehmer oder deren Aufseher, welche ihre Arbeiter dazu verleiten, oder wissenlich dulden, daß dieselben länger als acht Stunden arbeiten, werden mit 200 Mark (Nbr. 10), im Wiederholungsfalle nicht unter 2000 Mark bestraft.“

### Rußland.

Die Lage in Rußland. Während die Hungersnot mit ihren treuen Begleitern, dem Hungertypus und der Hungerpest, die Untertanen des heiligen Zars dezimiert, erhebt in verschiedenen Teilen des Reiches der Geist der Revolte das Haupt. Wir hören von Bauernaufständen, die sich nicht bloß gegen einen einzelnen Gutsherrn richten, sondern gegen die Re-

gierung. Die Masse des russischen Volkes ist geistig so tief heruntergedrückt und alles politischen Denkens so vollständig entwöhnt worden, daß es schon ein großer Fortschritt ist, wenn der Bauer dazu kommt, die Regierung, das herrschende System, anstatt irgend eines lokalen Drängers für sein Elend verantwortlich zu machen. Natürlich sind die Nihilisten nicht untätig. Kann auch nicht festgestellt werden, ob die Gerüchte von Attentaten auf den Zar begründet sind oder nicht, so steht doch so viel fest, daß Nihilisten — oder sagen wir besser: bewußte Gegner der Regierung in den von der Hungersnot heimgeführten Provinzen herumreisen und „wühlen“, d. h. die Bauern aufklären. Gewiß ist ferner, daß der Notstand auch in Rußisch-Polen einen bedeutenden Umfang angenommen hat, und daß, teils aus diesem Grunde, teils infolge des unerhörten politischen und sozialen Drucks eine hochgradige Gährung eingetreten ist, die einen gewaltigen Ausbruch erwarten läßt. Daß die russischen Nihilisten mit den polnischen Feinden des Zarentums im Einverständnis sind, kann als gewiß angesehen werden. Aus Warschau hören wir Tag für Tag von Verhaftungen, und die militärischen Vorbereitungen, welche getroffen sind, lassen mit Bestimmtheit darauf schließen, daß die Behörden einen Aufstand ernstlich befürchten.

Inzwischen ist auch die lang vorausgesehene Finanzkrisis hereingebrachen: das Haus Ginzburg in Petersburg, die erste Bankfirma Rußlands, hat Bankrott gemacht, Duzende von Firmen werden nachfolgen, und da Handel und Geschäfte völlig darniederliegen, so ist nicht abzusehen, wo und wann die Krise endigen wird.

**Amerika.**

Die revolutionäre Bewegung in Brasilien ist im Zunehmen begriffen. Im Staate Rio grande do Sul und auch in Argentinien haben mehrere Garnisonen gegen die Regierung revoltiert. Die Revolten sind noch nicht unterdrückt.

**Arbeiterbewegung.**

Berlin. Die Kornträger Berlins befinden sich auf sämtlichen Speichern im Ausstand. Sie begehren 50 pCt. Lohnerhöhung. Der Eingang von Getreide ist sehr stark.

In Braunschweig dauert der Streik der Böttcher aus der Zementfabrik fort. Dieselben ersuchen auch um Fernhaltung des Zuges nach der Zementfabrik in Salder.

In Teplitz hat der Streik der Porzellanmaler der Firma Scheune und Pick mit einer Niederlage geendet. Es fanden sich genug Streikbrecher, darunter zwei aus den Reihen der Streikenden selbst.

In Wien streifen 45 Büglerinnen der Wäsche-fabrik von Adolf Sternberg jr. wegen Lohnkürzung; ferner die Arbeiter der Täschnerwarenfabrik von Fischer, Leopold und Ko, weil die Firma es verweigerte, die verlangte Beseitigung der Arbeit außer dem Hause zu bewilligen.

Achtung, Kürschner! Im Auftrage der Firma Wsch und Jädel, New-York, Washington Place, bereist ein Agent Deutschland, um Arbeiter für diese Firma zu werben. Es ist den Herren hauptsächlich darum zu tun, den Achtfundentag zu durchbrechen. Wir hoffen, daß sich dazu kein deutscher Arbeiter hergeben wird, und wollen noch bemerken, daß Arbeitern, die mit Kontrakten versehen sind, der Eintritt in die Vereinigten Staaten verboten ist.

Die Kürschner-Union, New-York, 385, Bowerie. Anfragen beantwortet Paul Kobis, Hamburg, Neuerwall 93, Keller.

**Gerichtliches.**

**Reichsgerichtsentcheidung.**

Eine in einem Fabrikraum in der Gegenwart von Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind, ausgesprochene Gotteslästerung kann nach einem Urteil des Reichsgerichts, 1. Straßensatz, vom 23. November 1891 als eine öffentliche erachtet und bestraft werden, auch wenn zu dem gedachten Fabrikraum nur die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter Zutritt haben.

Nordhausen. Wieder einer. Der kaiserl. Telegrafendirektor a. D. Pfeiffer, früher hier, jetzt in Leipzig wohnhaft, wurde vom Schöffengericht zu Nordhausen wegen einfachen Diebstahls zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, weil er einem Malergehilfen, der bei ihm mit Anstreicherarbeiten beschäftigt war, Delfarbe im Werte von etwa 1 Mark weggenommen hatte.

Köln. Die „Kölnische Zeitung“ teilt einen Beschluß des Landgerichts mit, wonach die von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklage wegen Majestätsbeleidigung abgelehnt wird.

Magdeburg. Hier finden zahlreiche Verhaftungen von Sozialdemokraten wegen Verbreitung verbotener Schriften, speziell eines den Fall Pöus scharf geißelnden Flugblattes statt. Bis jetzt sind 7 Personen verhaftet, darunter auch der Expedient der hiesigen „Volksstimme“.

Zum Amtsgerichtsgefängnis zu Dorsten sind die früheren Redakteure der „Zeitung deutscher Bergleute“ und der sozialdemokratischen „Volksstimme“ zu Gelsenkirchen, Feup, Ruzbach und Ruth untergebracht, und jetzt hat der derzeitige Redakteur der „Volksstimme“, der Bergarbeiterführer Johannes Margraf, die Aufforderung erhalten, sich zur Verbüßung einer vierwöchentlichen Gefängnisstrafe gleichfalls in Dorsten zu stellen.

Redakteur N. Lingweiler von der Elberfelder „Freien Presse“ wurde wegen Gotteslästerung zu einem Monat Gefängnis verurteilt und zwar wegen Veröffentlichung eines Inzerats, das folgenden Wortlaut hatte:

„Die unterzeichneten Eheleute machen hierauf den Genossen bekannt, daß am vergangenen Weibnachts-Abend denselben der Heiland in Gestalt eines jungen Sozialdemokraten geboren wurde.“

Genosse Lingweiler wies nach, daß er von dem Inhalt dieses Inhalts gar keine Kenntnis gehabt hat, das half ihm aber nichts. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis; das Urteil lautete, wie oben mitgeteilt. — Eine Gotteslästerung, überhaupt eine Gesetzesverletzung können wir in dem Inhalt des Inzerats nicht erblicken; ebenso wenig aber auch einen Beweis von gutem Geschmack.

Die Berliner Straßentravalle bildeten den Gegenstand einer Verhandlung vor der II. Strafkammer:

Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Brausewetter, die Anklage vertritt Assessor Dr. Strehler, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Bronker, Dr. Bork, Morris, Dr. Schwindt, Ratkowsk und die Referendare Dr. Subheim, v. Spitzberg und Dr. Barnau. Die Verhandlungen finden im großen Schwurgerichtssaal statt. Angeklagt sind folgende 22 Personen: 1. Bäcker Franz Edmund Dick, 2. Bäckerlehrling Mag Voigt, 3. Maurer Christoph Pfister, 4. Arbeiter Albert Kampf, 5. Bildhauer Paul Prochnow, 6. Arbeiter Paul Tidau, 7. Schlächter Karl Menzel, 8. Barbier Adolf Klemm, 9. Maurer-gehilfe Gustav Kidel, 10. Maurer Wilhelm Stahl, 11. Arbeiter Karl Wilhelm Friz, 12. Arbeiter Otto Döring, 13. Maurer Mag Karl Blankenburg, 14. Malergehilfe Harber, 15. Drojakensulcher Glas, 16. Arbeiter Schulz, 17. Zimmerlehrling Gucke, 18. Maurer Marguse, 19. Arbeiterlehrling Pucke, 20. Bäckergehilfe Wilhelm Schmidt, 21. Arbeiter Mist, 22. Arbeiter Ebert. Sämtliche Angeklagte befinden sich in Haft. Die Anklage beschuldigt die Einzelnen verschiedener Straftaten: der Teilnahme an einer Zusammenrottung von Menschen, welche mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten verübten, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Aufforderung zum Widerstande vor versammelter Menschenmenge, der Majestätsbeleidigung, der Beleidigung der Schutzmannschaft, der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und der Teilnahme an einer Zusammenrottung, welche Plünderungen verübte. Einige werden beschuldigt, an einer Zusammenrottung sich beteiligt zu haben und nach der dritten an sie ergangenen Aufforderung sich nicht entfernt zu haben. — Die Angeklagten, welche der Mehrzahl nach unbestraft sind, stehen zumeist im Alter von 19 bis 22 Jahren, nur einer hat die 30 bereits überschritten. Zwei der Angeklagten sind sogar erst 16 Jahre alt und der eine von ihnen, Bäckerlehrling Voigt, welcher einen Stein in eine Fensterscheibe geworfen und Steine aufgesammelt und Anderen zugereicht haben soll, macht seine Aussagen unter fortgesetztem kindlichem Weinen. Auch unter den Zeugen befinden sich mehrere 9- und 12-jährige Jungen.

Zur Anklage stehen die bekannten tumultuarischen Vorgänge am 25. und 26. Februar. Am 25. Februar, Nachmittags 3 Uhr, zog, so behauptet die Anklage, ein Trupp von zirka 400 Personen die Landsbergerstraße entlang nach dem Alexanderplatz zu und warf an verschiedenen Stellen die Schaufenster ein. Abends 6 Uhr fand eine Zusammenrottung von mehr als 2000 Personen statt, welche die Blumenstraße entlang zogen, die Schaufenster zertrümmerten und die Läden plünderten; die Menge zog über den Grünen Weg nach der Hoppenstraße und kam wiederholt mit der Schutzmannschaft in Konflikt. Abends gegen 8 Uhr bewegte sich ein Trupp von 500 bis 1000 Personen von der Landsbergerstraße über die Wasmanns- und Marxstrasse und nach 9 Uhr eine ähnliche Menschenmenge über die Schillingstraße und Kleine Frankfurterstraße, verübten Unfug und warfen die Fensterscheiben ein. Die tumultuarischen Vorgänge wiederholten sich am 26. Februar. An diesem Tage mußte, so behauptet die Anklage, eine große Menschenmenge vom Lustgarten über die Kaiser Wilhelmbrücke und durch die Kaiser Wilhelmstraße zurückgedrängt werden. Als ein Mann durch einen Schutzmann verhaftet werden sollte, schrie Jemand aus der Menge: „Haut ihn!“ und versuchte vorzudringen. Der anwesende Polizeiwachtmeister sah sich hierdurch veranlaßt, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen; einer der Angeklagten soll dann durch die wiederholten Rufe „Haut ihn!“ zum Widerstande zu reizen gesucht haben. — An demselben Tage Nachmittags strebte eine Menschenmasse von Westen her dem Brandenburger Tor zu. Berittene Schutzleute bemühten sich, die Menge auseinander zu treiben, sie hatten aber schwere Arbeit. Als die Masse bis zum Königsplatz zurückgewichen war, soll der Angeklagte Stahl durch den wiederholten Ruf „Haut ihn!“ versucht haben, die Menge zum Angriff gegen die Polizei aufzureizen. — Ferner fand am 26. Februar Nachmittags 6 Uhr wiederum im Lustgarten ein Aufruhr statt und bei dieser Gelegenheit soll sich der Angeklagte Friz einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben. Beim Aufziehen der Schloß-

wache unter den Linden, als die Musik „Heil Dir im Siegerkranz“ intoniert, soll der Angeklagte Döring, welcher sich in einer 3-400köpfigen Menschenmenge befand, gerufen haben: „Hoch lebe die Republik! Hoch die Anarchie!“ Döring bekennt sich nach der Behauptung der Anklagebehörde zum Anarchismus, und Angesichts der Erregung, welche sich in jeden Tag der Gemüter bemächtigt hatte, soll dieser Ruf gerade sehr gefährlich gewesen und geeignet gewesen sein, die Menschenmenge zu Gewalttätigkeiten gegen das Militär und die Besitzenden zu verleiten. Das Publikum soll denn auch sofort eine drohende Haltung angenommen und versucht haben, den von dem Polizisten festgenommenen Döring zu befreien (?). Schließlich steht auch noch der Tumult in der Auguststraße zur Anklage. Abends 6 1/2 Uhr zog nämlich ein Trupp lärmend die Auguststraße entlang, wo sie Fensterscheiben einschlugen und insbesondere den Laden des Schlächtermeisters Rötische plünderten. An dieser Plünderung soll sich namentlich der Angeklagte Blankenburg durch Wegnahme einer größeren Quantität Wurst beteiligt haben.

Die Zahl der vorgeladenen Zeugen beträgt 49. Die Angeklagten bestreiten fast sämtlich ihre Schuld und da, wo sie dieselbe zugeben, behaupten sie, daß sie angetrunken gewesen oder nur aus Neugierde und wider ihren Willen in den Menschenstrom mit hineingerissen worden seien.

Die Beweisaufnahme ist überaus einfach. Die Schutzleute und die übrigen Augenzeugen bekunden ihre Wahrnehmungen bei den Straßläufern in ganz knapper Form. Durch diese Zeugenaussagen werden die verschiedenen Angeklagten in der von der Anklagebehörde behaupteten Weise bezeugt: Der eine hat der Aufforderung der Schutzleute zum Weitergehen keine Folge geleistet, ein anderer hat dumme Redensarten gemacht, ein dritter „Haut ihn!“ gerufen, ein vierter gerufen: „Dumme Schutzleute! Wir sind auch Unteroffiziere gewesen!“ ein Fünftler hat Fensterscheiben zertrümmert etc. etc. Von dem kleinen Angeklagten Voigt behaupten trotz seines weinerlichen Widerspruchs mehrere Zeugen, daß sie genau gesehen, wie er die Steine zum Einwurf in der Schaufenster gesammelt und dieselben den erwachsenen Personen zugereicht habe.

Nach Schluß der fünfständigen Beweisaufnahme nahm der Vertreter der Staatsanwaltschaft Assessor Dr. Strehler das Wort. Derselbe hielt es für unumstößlich erwiesen, daß der Ausgangspunkt zu den Exzessen in der Verammlung der Arbeiterlosen zu suchen sei, in welcher das durch aufrührerische Reden verbreitete Gift des Klassenhasses gierig aufgesogen worden sei. Die geistigen Urheber der Travalle seien leider nicht gefaßt worden; sie haben in so kluger Weise das Gift unter die Massen gebracht, daß sie strafrechtlich nicht zu fassen seien. Die Bilder, die diese Verhandlung zu Tage gefördert, seien nur ein schwacher Abglanz der wirklich vorgekommenen aufrührerischen Szenen. Der Schaden, der durch die Gewalttätigkeiten verursacht worden, sei erheblich groß gewesen und über die große Gefährlichkeit solcher Zusammenrottungen könne kein Zweifel obwalten. Daß der Verlauf der ganzen Unruhe nicht ein viel bedenklischer geworden, sei der Energie und der Umsicht der Polizeimannschaft zu danken. Aus der ursprünglich beabsichtigten Demonstration unzufriedener Menschen seien Angriffe gegen das Eigentum geworden, dann sei Widerstand gegen die Staatsgewalt gefolgt, daran schloß sich Aufforderung zum Klassenhaß und schließlich die Beleidigung des Kaisers.

Der Staatsanwalt beantragt folgende Strafen:

- 1. Gegen Dick 3 Monate Gefängnis; 2. gegen Pfister wegen Landfriedensbruch 4 Jahre Gefängnis; 3. gegen den 16-jährigen Voigt 4 Jahre Gefängnis; 4. gegen Kampf 3 Monate Gefängnis; 5. gegen Prochnow 1 Jahr Gefängnis; 6. gegen Tidau 2 Jahre 6 Monate Gefängnis; 7. gegen Menzel 3 Monate Gefängnis; 8. gegen Klemm 1 Jahr Gefängnis; 9. gegen Kidel 2 Jahre Gefängnis; 10. gegen Stahl 1 Jahr Gefängnis; 11. gegen Friz 3 Jahr 3 Monate Gefängnis; 12. gegen Döring 2 Jahre Gefängnis; 13. gegen den noch nicht 18 Jahre alten Blankenburg 4 Jahre Gefängnis; 14. gegen Harber 6 Monate Gefängnis; 15. gegen Glas 1 Jahr 3 Monate Gefängnis; 16. gegen Schulz 4 Jahre 6 Wochen Gefängnis; 17. gegen Gucke 3 Monate Gefängnis; 18. gegen Marguse 1 Jahr Gefängnis; 19. gegen den noch nicht 18 Jahre alten Angeklagten Pucke 4 Jahre Gefängnis; 20. gegen Ebert 4 Jahre Gefängnis; 21. gegen Schmidt 4 Jahre Gefängnis und 22. gegen den Angeklagten Mist, der nicht anwesend war, die Verlegung.

Die Verteidiger, R. A. Ratkowsk, Morris, Dr. Schwindt, Bronker, Dr. Bork führten im Wesentlichen aus, daß die Strafen viel zu hoch seien, namentlich gegenüber den noch unter 18 Jahren stehenden Angeklagten. Es handele sich hier nur um die viel erwähnten „Ballonmützen“, um professionierte Radaubruder, sondern um sonst ruhige, arbeitssame Leute, welche teils aus Über angebrachter Neugierde, teils aus der den Berliner Jungen angeborenen gewissen Schnoddrigkeit in das Menschengewühl mit hineingeraten waren und nun mitgeschrien und getobt haben, ohne sich der Tragweite ihres Handelns recht bewußt zu sein und ohne einen verbrecherischen Willen gehabt zu haben. Bei einzelnen der Angeklagten beantragten die Verteidiger Freisprechung. Nach 2 1/2 stündiger Beratung wird um 6 3/4 Uhr das Urteil verkündet. Der Gerichtshof ist davon ausgegangen, daß es bezüglich des § 125 genügt, wenn die Betreffenden das Bewußtsein gehabt haben, daß sie sich in einer Menschenmenge befinden, die sich zur Verübung von Gewalttätigkeiten zusammengerottet hat und wenn sie trotzdem in dieser Menschenmenge verbleiben. Von diesen Gesichtspunkten aus hat der Gerichtshof den minderjährigen Beschling Voigt, welcher mit einem Stein in ein Schaufenster geworfen, zu 2 Jahren, Tidau zu 1 Jahr 3 Monaten, Pfister zu 3 Jahren, den minderjährigen Blankenburg zu 2 Jahren, Schmidt zu 3 Jahren, den minderjährigen Burschen Pucke zu 2 Jahren, Schulz zu 3 Jahren 2 Monaten, Ebert zu 3 Jahren Gefängnis und wegen Vergehens gegen die Paragraphen 105 und 113 bzw. 116 die Angeklagten Menzel zu 2 Monaten, Dick zu 3 Monaten, Kampf zu 3 Monaten, Prochnow zu 3 Monaten, Klemm zu 6 Monaten, Kidel zu 1 Jahr, Stahl zu 9 Monaten, den minderjährigen Harber zu 4 Monaten, Glas zu 1 Jahr, Gucke zu 2 Monaten, Marguse zu 1 Jahr Gefängnis, Döring zu 1 Jahr und Friz wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der Berliner Schutzmannschaft zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

### Kleine Chronik.

**Fast jeder Tag bringt ein Todesurteil, und doch lassen die Mordtaten nicht nach.** Am 14. März wurden in Neuwied die Gebrüder Peter und Engelbert Siegel aus Ueckendorf wegen Ermordung eines Bauern des Lebens verlustig erklärt und am 15. März in Posen der Schuhmacher Blaszyk, welcher ein Dienstmädchen ermordet hatte. — Was hilft die „Abschreckungstheorie“, gegen deren Abschaffung sich die alte Gesellschaft mit Händen und Füßen sträubt? Nichts, rein gar nichts.

**Zunahme der Selbstmorde.** Als im israelitischen Friedhofe zu München ein 34-jähriger Kaufmann begraben wurde, der sich erschossen hatte, bemerkte der Rabbiner Dr. Perles in seiner Leichenrede, daß sich in der letzten Zeit die Selbstmorde von Gemeindeangehörigen in erschreckender Weise mehren. Es sei dies ein trauriges Zeichen der Zeit, daß man den Kampf ums Dasein nicht mehr wage, sondern sich demselben durch Selbstmord entziehe.

**Aus der Reihe des 18. und 19. Jahrhunderts?** Auf einem größerem Gute bei Kulm — so berichtet man dem „Geselligen“ — sollte ein Arbeiter, der mit dem Gutsvorwaller in Streit geraten war, geächtigt worden! Seine draußen wartenden Söhne merkten aber die Absicht, schlugen mit Wagenrungen die Fenster ein und drangen in das Zimmer. „Sowol der Vorwaller als auch die beiden Inspektoren, der Kutscher und die Wirtin wurden von den Arbeitern geschlagen. Auf dem Gutshofe hatte sich fast die ganze Dorfbewölkerung angesammelt. Nachdem der Vorwaller sich von den „Eindringlingen“ befreit hatte, ergriff er das Gewehr und schoß in den Menschenhaufen. Drei Menschen wurden verwundet. Die Sache wird natürlich noch ein Nachspiel vor dem Strafrichter haben.“

**Auch eine Stütze der Ordnung.** Ueber den Affessor und Landratsamts-Verweiser Lübber in Landsberg wird im „Gastwirtsgehilfen“ Klage geführt. Derselbe soll einen Kellner, mit dem er beim Bezahlen in Differenzen geriet, mit ehrenrührigen Bezeichnungen belegt und ihn sogar mit dem Bierlaß in's Gesicht geschlagen haben. Als der erheblich verletzte Kellner Tags darauf beim Polizeinspektor die Sache zu Protokoll geben wollte, soll dieser Beamte die Aufnahme des Protokolls mit dem Bemerkn abgelehnt haben, der Kellner habe die geschilderte Behandlung „jedenfalls verdient“. Dies ist in Kurzem der übrigens erheblich gemilderte Inhalt des Artikels. Wir können nicht wissen, ob der Sachverhalt so ist, wie man dem genannten Kellnerfachblatt schildert, halten uns aber für verpflichtet, die Angelegenheit zu erwähnen, damit von Berlin aus Anweisung gegeben wird, die Sache streng zu untersuchen. Sind der Landratsamts-Verweiser und der Polizeiinspektor schuldlos, um so besser; ist aber der Sachverhalt vom „Gastwirtsgehilfen“ richtig geschildert, so erwarten wir strenges Einschreiten gegen beide Herren, denn alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich, in diesem Falle auch die Kellner.

**Von der Kanzel auf den Kutschersbald.** „Hlensb. Avis“ bringt die Nachricht, daß der vormalige Prediger an der St. Johanniskirche, Pastor Peterien, welcher, um der Anklage wegen Sittlichkeitsvergehen zu entgehen, sich nach dem Auslande flüchtete, von einem von ihm konfirmierten Mädchen in New-York als Kutscher eines Arztes erkannt worden ist, was das Mädchen an seine in Hlensburg wohnenden Eltern berichtet hat. Das gemahnt an das schöne Lied des alten Scharnmaier vom Pfarrer Karl Viktorius, an dessen Schluß es heißt: „Er büßt nun dort im fernen Land die Schuld als Sängfabrikant.“

### Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

199. Sitzung.

Zur dritten Beratung steht der Gesetzentwurf betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

In der Generaldiskussion über Abg. Brömel aus, daß an den Kommissionsbeschlüssen Ausstellungen in zwei Richtungen gemacht werden könnten. Einmal sind die Vorschriften über die Begründung und Verwaltung der Gesellschaften zu schematisch geblieben, da die Kommission in der Gestattung von Abweichungen im gesellschaftlichen Verrage nicht weit genug gegangen ist; andererseits lassen die Bestimmungen, welche für eine ordentliche Begründung und Verwaltung den Gläubigern gegenüber getroffen sind, zu wünschen übrig. Es liegt die Gefahr vor, daß von diesen Bestimmungen ein Gebrauch gemacht wird, der sowohl für die Gesellschaften als für die Gläubiger schwere Nachteile im Gefolge haben kann. Sollte man die bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs etwas verschärfen, so könnte man wohl schon jetzt manchen Auswuchs abschneiden, der sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, wenn sich an dasselbe eine neue Grundungsära anschließt, zweifellos zeigen wird. Da ohnedies der Entwurf keine Eile hat, so sei zu hoffen, daß es bei einer nachmaligen gründlichen Erörterung der Materie in einer nächsten

Session gelingen wird, eine befriedigendere Form zu finden. Nebner beantragt, die dritte Lesung von der Tagesordnung abzusehen.

Abg. v. Bar (bfr.) schließt sich diesen Ausführungen und dem Antrag auf Absehung an.

Abg. Hammacher ersucht um Ablehnung des Antrages auf Absehung, da in der Tat ein vollständige Klärung stattgefunden habe und allseitig die Meinung geteilt werde, daß die neue Gesellschaftsform befriedigend funktionieren werde.

Abg. Schend (bfr.) hält eine weitere Verzögerung des Beschlusses der Angelegenheit für nicht angezeigt und bittet um en bloc-Akzeptanz.

Abg. Brömel sucht unter Bezugnahme auf verschiedene Einzelheiten der Vorlage und der Kommissionsbeschlüsse das Gegenteil nachzuweisen und hält den Hinweis darauf, daß das Alttergefeß seiner Zeit ebenfalls en bloc angenommen worden sei, für nicht stichhaltig, zieht aber seinen Antrag wegen der Rücksichtslosigkeit desselben zurück.

Abg. Klemm (bfr.) verzichtet nach der Zurückziehung des Antrags Brömel auf das Wort.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion wird der Entwurf wiederum auf Antrag v. Bennigsen en bloc angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. Die Budget-Kommission erstattet durch den Abg. Hartmann (Plauen) darüber mündlichen Bericht.

§ 1 lautet nach den Kommissions-Beschlüssen: Die Familien der aus der Reserve, Landwehr oder Seeweehr zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften erhalten auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützung. Das Gleiche gilt bezüglich der Familien der aus der Ersatzreserve für die zweite oder dritte Uebung einberufenen Mannschaften. Vorstehendes findet nicht Anwendung, wenn der Uebungspflichtige zu den Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamten gehört. Der Anspruch auf Unterstützung ist bei der Gemeindebehörde des Ortes anzubringen, wo der Unterstützungsberechtigte zur Zeit des Beginnens des Unterstützungsanspruchs seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Der Referent bemerkt, daß die Vorlage von der Kommission im einzelnen erheblich geändert worden ist; die Aenderungen und die ganze Vorlage sind einstimmig von der Kommission angenommen, von der Regierung aber lebhaft bekämpft worden, zumal die beschlossene Erhöhung der Unterstützungsgegenstände. Gestritten worden ist auch die Bestimmung, daß die Unterstützung die Bedürftigkeit des zu Unterstützenden zur Voraussetzung haben sollte. Die Kommission hat dafür gelagt: „auf Verlangen“; dadurch wurde denn die Einschränkung einer Präklaratursfrist nötig, welche auf vier Wochen angesetzt wurde. Die Erstattung der Mittel soll ganz, statt zur Hälfte auf die Reichskasse übernommen werden.

Staatssekretär v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen sind nach dem Erlaß des Gesetzes von 1888, welches eine ähnliche Unterstützung für den Fall der Mobilmachung vorsieht, gern darauf eingegangen, auch für die Friedensübungen die gleiche Vorzüge zu treffen. Normiert man aber in diesem letzteren Gesetze die Sätze anders und höher, dann werden auch diese Sätze erhöht werden müssen für die Unterstützung der Familien der mobil gemachten Mannschaften. 1888 haben konservative und Zentrumstredner sehr eindringlich davor gewarnt, in der Unterstützung zu weit zu gehen. Jetzt ist die Kommission einstimmig auf viel höhere Sätze gekommen. Die jährliche Belastung der Reichskasse würde nach dem Entwurf 275 000 Mark betragen; nach der Kommission würde sie 1 1/2 bis 2 Millionen betragen. Werden die Sätze auf den Kriegsfall übertragen, so würde sich die Belastung bei einem Kriege von der Dauer desjenigen von 1870/71 auf 4-500 Millionen belaufen. Diese Zahlen lassen das die Kommissionsbeschlüsse als sehr bedenklich erscheinen. Von den anderen Abweichungen sind wir mit der jüngsten einverstanden, welche auch die Ersatzreserve einbezieht, aber der Erlaß der Voraussetzung der Bedürftigkeit durch das Verlangen macht uns wiederum bedenklich. Sehen Sie die Sache in das Belieben der Berechtigten, dann wird die Belastung sehr viel höher sein, als wenn nur die Bedürftigkeit berücksichtigt wird. Ich bin nicht im Zweifel, daß eine Vorlage, wie die der Kommission überhaupt die Zustimmung des Bundesrates finden wird. Die Oberpräsidenten haben sich in dem Sinne geäußert, daß ein Bedürfnis in diesem Umfange überhaupt nicht vorliegt, da für den Fall der Einziehung schon seitens der Gemeinde, der Gutsbezirke u. s. w. in ausreichendem Maße gesorgt sei.

Abg. von Schalkha (S.) beantragt, in § 1 zu sagen statt Aufenthaltsort „Wohnort“.

Abg. Singer (Soz.) ist mit dem Antrage Hahn einverstanden, widerspricht aber dem Antrage v. Schalkha, da durch denselben der Einberufene leicht schlechter gestellt werden kann, wenn die Wohnverhältnisse an dem Wohnort schlechter sind als an dem Aufenthaltsort. Die Einwände des Staatssekretärs können uns nicht arhalten, die Fürsorge für die Angehörigen der Mannschaften, welche zu Friedensübungen einberufen werden, möglichst weit auszuweiten. Auf eine Anregung aus unseren Reihen hat man diese ganze Sache in Angriff genommen, und vier bis fünf Jahre hat es bedurft, ehe diese Vorlage gekommen ist. Wenn der Staatssekretär dem Beschluß der Kommission Wohlwollen und Menschenfreundlichkeit vindiziert, so muß ich dies zurückweisen. Die Kommission hat nichts weiter getan als ihre Pflicht und Schuldigkeit, indem sie statt der von der Regierungsvorlage verlangten Beteiligungen für die Unterstützung der Familien (Vizepräsident Graf v. Ballestrem rügt diesen Ausdruck) Sätze vorgeschlagen hat, welche als Mindestanspruch zu bezeichnen sind. Die Frage der Bedürftigkeit ist auf diesem Gebiete nicht anwendbar. In den meisten Fällen ist die Einberufung des Familienvaters gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit und damit Hilflosigkeit der Familie und Preisgabe an die öffentliche Armenpflege. Ich bin überzeugt, daß ein großer Teil derer, die auf diese Unterstützung Anspruch haben, lieber auf die Unterstützung verzichten, als daß sie sich zu Almosenempfängern degradieren lassen. Als neulich in Leipzig infolge des augenblicklichen Notstandes für die Arbeiter die öffentliche Armenpflege nutzbar gemacht wurde, erklärten die Arbeiter: Wir verzichten auf diese Unterstützung, um nicht unserer politischen Rechte verlustig zu werden. Der Staatssekretär hat auch der

finanziellen Belastung gedacht. Man wird diesen Einwand nicht begehen in einem Moment, wo der größte Bundesstaat Preußen, für den Donnbau in Berlin 10 Millionen aus dem Taschen der Steuerzahler bewilligt hat, wo man eine beträchtliche Anzahl von Millionen zur Ablösung der Rechte der Standesherrn und 1 1/2-2 1/2 Millionen zur Ablösung der Stolgebühren bewilligt hat und zur Herstellung eines Dampfers, dessen Zweck wir richtiger bezeichnen, wenn wir von einer Kaiserfahrt sprechen, ebenfalls größere Ausgaben gemacht haben und wo immer wieder Millionen für unsere kolonialen Zwecke verwendet werden. Geschieht dies, dann muß doch auch diesem Wunsche des ganzen Volkes, der alle Parteien einig sieht, seitens der Regierungen so viel Entgegenkommen gezeigt werden, daß sie die finanzielle Verantwortlichkeit übernehmen. Die Frage, ob die Unterstützungen für die Angehörigen im Kriegsfalle erhöht werden sollen, steht gar nicht zur Entscheidung; sollten aber die kolossalen Mehrausgaben, welche diese Erhöhung im Kriegsfalle nach sich ziehen würde, zur Folge haben, daß man vorsichtiger würde mit der Herbeiführung des Kriegesfalls überhaupt, so könnten wir zu diesem Erfolge uns nur gratulieren. Die Befürchtung, daß die verbündeten Regierungen die Verantwortung für die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze nicht übernehmen können, hege ich nicht. — Sie würden mit der Nichtbewilligung den Interessen des Volkes in einer Weise entgegenstehen, daß auch hier ein gegen den Strom Schwimmen auf die Dauer nicht durchgeführt werden könnte. Die verbündeten Regierungen haben ja auch ein großes Interesse an der Wehrhaftigkeit des Heeres und diese würde durch Ablehnung der Kommissionsvorschlüge leiden, denn Leute, die wissen, daß ihre Familien zu Hause hungern, werden nicht mit der nötigen Freudigkeit in die Militärübungen eintreten. Ich bitte Sie also, den Kommissionsvorschlägen beizutreten und damit die berechtigten Wünsche des Volkes zu erfüllen.

Staatssekretär v. Bötticher: Nicht die Gewährung der Unterstützung, sondern das Maß der Unterstützung ist es, worüber wir streiten, und ich fürchte, wenn man das Maß überspannt, gefährdet man die Vorlage.

Abg. Fuhr (nl.): tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Driener (S.) hält die Erweiterung, welche die Vorlage in der Kommission erfahren hat, für im Allgemeinen unbedenklich und wird für den § 1 stimmen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (bfr.): Das Wort „auf Verlangen“ im § 1 ist ein durchaus falsches: das kann ich aus einer 38-jährigen Praxis als Landrat bestätigen. Es wird sich Niemand melden, der es nicht nötig hat, so trösten man sich, aber das trifft nicht zu! es haben sich damals bei allen Kriegen und Mobilmachungen, welche ich durchgemacht habe, unzählige gemeldet, welche es gar nicht nötig hatten, namentlich alle herrschaftlichen Tagelöhner und Deputierten. Ich beantrage die Wiederherstellung der Vorlage.

Abg. Maun (nl.): Die Verlangensfrage ist meines Erachtens das Zweckmäßigere; die Bedürfnisfrage führt zu einer Menge von diskretionären Unbehaglichkeiten, namentlich wenn politische Momente auf die Entscheidung mit einwirken. Die Sätze des § 2 sind so minim, daß man wirklich Abstand nehmen muß, sie in das Gesetz aufzunehmen; die Erhöhung muß also Platz greifen. Ich beantrage einen Zusatz zum Gesetze als § 7, wonach diese Unterstützungen weder verpfändet noch übertragen werden können.

Damit schließt die Diskussion. Unter Ablehnung des Antrages v. Schalkha wird § 1 mit dem Antrage Hahn angenommen.

Nach § 2 der Vorlage sollte die Unterstützung der Ehefrau in den Monaten von Mai bis Oktober mindestens 20 in den übrigen Monaten mindestens 30 Pf., für jede sonstige unterstützungsberechtigte Person 10 Pf. täglich betragen. Die Kommission hat entgegen diesem Vorschlage beschlossen, die Unterstützung einheitlich nach Prozenten des ortsüblichen Tagelohnes des Aufenthaltsortes zu bemessen, und 30 pSt. für die Ehefrau, 10 pSt. für jeden anderen Familienangehörigen angesetzt, mit der Maßgabe, daß im Ganzen 60 pSt. nicht überstiegen werden.

§ 2 wird ohne Diskussion nach der Kommission gegen die Stimmen vereinzelter Mitglieder der Rechten angenommen § 3. „Die bewilligten Unterstützungsbeiträge sind in wöchentlichen Raten voraus zu zahlen“ wird dem Kommissionsantrage entsprechend gestrichen.

Nach § 4 sind gezahlte Unterstützungen aus Reichsmitteln zu erstaten. Nach der Vorlage sollte nur da die Hälfte des Mindestbetrages erstattet werden.

Nach § 5 soll das Gesetz am 1. Juli 1892 in Kraft treten.

Ein neuer § 6 will Unterstützungen nach Maßgabe dieses Gesetzes auch rückwärtlich solcher Friedensübungen gewähren, welche ganz oder teilweise in der Zeit vom 1. April bis 1. Juli stattgefunden haben.

Ein vom Abg. Maun neu beantragter § 7 statuirt die Unpändbarkeit und Unübertragbarkeit dieser Unterstützungsbeiträge. Sämtliche Bestimmungen werden ohne Debatte angenommen.

Damit ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs erledigt.

Es folgt die erste und ev. zweite Beratung der von den Abgg. Möller und Köpcke eingebrachten Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetze, wonach § 87 desselben dahin geändert werden soll, daß der Bundesrat bejagt ist, die Zahl der Stellvertreter der nichtpändigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes aus dem Stande der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf je 6 zu erhöhen.

Abg. Möller: Für das Bedürfnis der Aenderung haben sich in der zweiten Lesung des Stats alle Fraktionen ausgesprochen. Ich empfehle ihre Annahme. Vielleicht einigt man sich in einer freien Kommission über die Detailfrage.

Abg. Grillenberger (Soz.): Der Antrag stammt aus einer von mir in der zweiten Statsberatung gemachten Bemerkung, welche die vorgenommenen Wahlen anspricht. Ich konstatire daß die Einbringung dieses Antrages meine Auffassung von der Ungefestigkeit der betreffenden Wahlen recht fertigt, und erwarte, daß diese Wahlen und die von den Gewählten gefaßten Beschlüsse annullirt werden. Selbstverständlich erwarte ich auch, daß diese Vorlage nicht eine unfassende Novelle des Unfallversicherungs-Gesetzes verzögern soll.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Regierung hat eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes nicht zugegeben; die Konstatirung des Vorredners geht also nicht die Regierung

an. Die Novelle an sich aber halten wir zur Behebung der entstandenen Zweifel für nützlich.

Abg. v. Stumm protestirt gleichfalls gegen die Wiederholung der Behauptung, daß der Bundesrat ungesetzmäßig gehandelt habe

Damit schließt die erste Beratung. Die zweite wird heute von der Tagesordnung abgesetzt.

Bezüglich der Wahl des Abg. Müllensiefen (Vochum) wird Beweisvernehmung über die Proteste beschlossen; die Wahl des Abg. Poll wird für gültig erklärt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. März 1892.

Ein „Verein zur Hebung der guten Sitte unter den „besseren“ Gesellschaftsklassen“, das wäre eine Gründung, mit welcher die klassenbewusste Arbeiterschaft Breslaus einem tiefgefühlten Bedürfnis abhelfen könnte, wenn — sie nichts Besseres zu tun wüßte! Denn in der That, was wir in letzter Zeit hier in Breslau von dem Tun und Treiben „gutgestimmter“ Leute gehört haben, das geht bald über die Hutjuchur. Und wahrhaft amüfiant ist es, die Stellung der bürgerlichen Presse zu dieser Frage zu beobachten. So schrieb vor einigen Tagen in Bezug auf die bekannte Skandalgeschichte die „Schlesische Morgenzeitung“ von ihrem antisemitischen Trone herab:

„Skandalgeschichten erzählt man sich gegenwärtig in Breslau“, so liest man in auswärtigen Blättern und weiter heißt es dann, daß Töchter „angesehener“ Familien beteiligt seien. Die christliche Einwohnerschaft Breslaus könnte wol verlangen, daß die auswärtigen Blätter sich etwas genauer ausdrücken. Diese „angesehenen“ Familien sind ausschließlich jüdische.

Das war sehr albern von ihr, denn schon am nächsten Tage diente der Judenresser die „Breslauer Morgenzeitung“ mit folgendem Räffel:

Wui Teufel! Hat das fromme Blatt noch immer nicht das alte Gebot gelernt? Wenn es den schmutzigen Lokalfaktisch zum Schmuck seiner Dürftigkeit verwenden wollte, warum verjammert es dann, daß in den Gerüchten ausschließlich christliche Kavaliere das unsaubere Pendant zu seinen jüdischen Familien bilden?

Ach, schmeidig abgeführt, auf Taille, nicht wahr? Und der wolverdiente Hieb scheint gefessen zu haben, denn das amtlich zum Lesen empfohlene Blättchen schwieg — und lauerte auf die nächste Gelegenheit, um den verhassten Juden wieder eins auszuwaschen. Nun, lange brauchte sie auf eine Gelegenheit nicht zu warten. Am vorigen Sonnabend nämlich veranstalteten hiesige Schauspieler einen „Herrenabend“, zu dem sich Jedermann aus dem „ausländigen“ Bürgertum drängte, und nun schreibt die „Schlesische Morgenzeitung“ im Brustton der tiefsten Entrüstung:

Die von den vereinigten Künstlern veranstalteten Vorträge und Aufführungen, namentlich das Schlußstück „Die Marquise“ von unserem hiesigen „Dichter“ Wiberfeld strotzen geradezu von einer Fülle der gemeinsten Zoten und schlüpfrigsten Redensarten, und ich hätte es nie für möglich gehalten, daß derartige Dinge hier in Deutschland öffentlich zum Vortrag gebracht werden dürfen. Daß an einem Herrenabend ein derber Witz gestattet ist und gern akzeptirt wird, ist selbstverständlich; derselbe kann sich doch aber in anständigen Bahnen bewegen und braucht nicht in eine solche hier gar nicht wiedergebende Fülle von gemeinen, jedem Anstandsgefühl ins Gesicht schlagenden Handlungen in Spiel und Wort auszuarten. Es ist traurig, wenn die Herren Schauspieler, welche berufen sind, Bildung und Geistung zu heben und zu fördern, zu glauben scheinen, daß ein Witz unanständig sein müsse, um zu wirken. Und dann vor Allem: Wie kann man sich erlauben, christliche Geistsliche in einer so gemeinen Weise zu karrikieren, als es in dem zum Vortrag gebrachten „heiligen Sebastian“ geschehen? Was würden die jüdischen Blätter und die gesammte Judenschaft wol sagen, wenn christliche Schauspieler sich unterfingen, einen Rabbiner oder auch nur einen einfachen polnischen Juden, der seine Gebete in der ihm vorgeschriebenen Weise verrichtet, zu kopieren? Ist derartiges je passiert? Meines Wissens nicht! Wie kommt also eine jüdische Direktion dazu, uns Christen eine Szene vorzuführen, in der christliche Priester mit dem Rosenkranz in der Hand die unflätigsten Zoten in feierlichem Kirchenton singen? ... Es ist schlimm, daß solche Aufführungen von der Polizei gestattet werden und daß der christliche Teil des Publikums nicht energischer gegen das Gebotene protestirt, als durch einzelne Psuirufe! Die Achtung vor Allem, was mit Religion und Kirche zusammenhängt, ist heute ohnehin schon gering genug; soll denn der letzte Rest noch gewaltsam durch solche Aufführungen vernichtet werden?

Natürlich haben sich die „Chriften“ bei diesem „Herrenabend“ ebenso prächtig unterhalten, wie die „Juden“, sie haben wenigstens bis zum Schlusse wacker Stand gehalten. — Ueber dasselbe Fest schreibt die „Breslauer Zeitung“:

Der von den Mitgliedern des Stadt-Theaters und des Lobe-Theaters veranstaltete karnevalistische Herrenabend, der am Sonnabend von etwa 9 Uhr 30 Min. bis in die tiefste Nacht hinein im großen Liebichschen Saale sein lustiges Wesen trieb, nahm einen Verlauf, der ohne Zweifel die Einlader wie die Eingeladenen in gleichem Maße mit Befriedigung erfüllte. Das Fest hatte eine so starke Anziehungskraft ausgeübt, daß der weite Raum kaum die Fülle der erschienenen Schaulustigen zu fassen vermochte. Die Tische waren so eng wie irgend möglich an einander gerückt und an den

Tischen wieder kleben die Stühle förmlich an einander: es wäre schwer möglich gewesen, noch einen Stuhl unterzubringen und keiner war unbesetzt. Auf den schmalen Gängen, die zwischen den Tischen freibleiben, herrschte während der Pausen ein Treiben, welches das Vorwärtskommen zu einer Hektulararbeit machte. Auch eine Dame wandelte in weißem Gewande furchtlos und led durch die Reihen der Männer und teilte mit süßem Lächeln die hübsch ausgestatteten „Genußzettel“ aus: bei näherem Zusehen erkannte man unter der blonden Perrücke die Züge eines beliebten Mitgliedes unserer städtischen Bühne. Der „Genußzettel“ wies eine stattliche Anzahl von Genüssen auf. Die ersten beiden Teile brachten neben scherzhaften Orchesterstücken rezitative und gesungliche Vorträge, die natürlich in der Mehrzahl komischen, zum Teil sogar sehr derb komischen Inhalts waren: Daß Vieles, namentlich in den vorgerückteren Stunden, ausschließlich für Herrenohren bestimmt war, braucht wol kaum erst angemerkt zu werden. Das Publikum amüfante sich von Herzen und gab seiner vergnügten Stimmung lebhaftesten Ausdruck: selbst der Zufall wurde vom Komitee durchaus organisiert und gab eine neue Quelle der Heiterkeit ab. Den dritten Teil des Programms bildete die Aufführung einer sehr wichtigen Parodie der Sardou'schen „Marquise“; sie rührt von einem einheimischen Poeten her, der schon bei vielen Gelegenheiten sein schönes Talent bewährt hat. An der nach Gebühr übermütig flochten Darstellung waren Künstler unserer beiden Bühnen beteiligt. Wahre Luststürme entfeffelte der Marquis des Herrn Loewe, welcher in Erscheinung und Spiel eine virtuose Kopie Emanuel Reicher's darbot. Umgefahr um 2 Uhr hatte das Fest sein Ende. Wir denken, daß kein Gelingen und kein Erfolg die karnevalistischen Herrenabende von Neuem populär gemacht haben wird. Im Hinblick auf den guten Zweck — die Einnahme fließt in die Pensionskasse der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger — darf man sich des glänzenden Ertrages, den der Abend geliefert haben muß, doppelt freuen.

Auch wir glauben, daß derartige Unterhaltungen ganz dem Geschmacke aller Leute mit „traditioneller“ Moral entsprechen und daher trotz des anscheinenden Gepolters der antisemitischen Zeitung sehr bald beliebt werden. Wenn wir sie übrigens recht verstanden haben, so ärgert sie sich auch nur über die Tatsache, daß dieser Herrenabend nicht von ihren Parteigenossen inszenirt war. — Daß derselbe übrigens einem wohltätigen Zwecke diene, muß doch vollends auch sogar die „Volkszeitung“, die sich gleichfalls darüber ereifert, verstehen — sie sollte es doch wissen: Der Zweck heiligt die Mittel! — Wir wollten mit vorstehenden Zeilen unseren Lesern lediglich einen kurzen Einblick verschaffen in jene Regionen, in denen es keinen Nothstand giebt, und die da sich berufen glauben, den Arbeitern den Weg vorzuschreiben, welchen sie zu gehen haben.

Vermißt wird seit dem 17. d. Mts. der siebzehn Jahre alte Emil Runze, Sohn eines auf der Brüderstraße wohnenden Lokomotivführers K., ist mit blauem Winterüberzieher, braunfarbtem Beinkleid, braunem Filzhut und Gamaschen bekleidet.

Unglücksfälle. Der Präparand Leo Grofneck kam auf der Gräbchnerstraße zu Fall und brach den linken Arm. — Der Bauersohn August Schafer aus Schweinern schlug sich mit einem Hammer auf den Zeigefinger der rechten Hand und verlor infolge der Verletzung das erste Glied desselben. — Dem Knecht Karl Diedler aus Landau fiel beim Abladen von Baumstämmen ein solcher auf das linke Bein, wodurch dasselbe gebrochen wurde. — Der Lohngärtner Wilhelm Rittner aus Kentschau schlug sich mit einer Axt auf die rechte Hand und verletzte sich den Mittelfinger in schlimmer Weise. — Der Knecht Wilhelm Wächter vom Dominium Kampfern stürzte von einem mit Stroh beladenen Wagen und brach den rechten Oberschenkel.

Militärisches. Befreiungen von den Kontroll-Versammlungen können nur durch die Bezirks-Kommandos erfolgen und sind die bezüglichen Gesuche stets vorher an den zuständigen Bezirksfeldwebel einzureichen. Der § 115 der Deutschen Wehordnung schreibt vor: „Wer durch Krankheit oder zwingende Geschäfte, welche so unvorhergesehen eintreten, daß ein Befreiungsgesuch nicht mehr eingereicht werden kann, von der Teilnahme an der Kontrollversammlung abgehalten wird, muß vorher oder spätestens zur Stunde derselben durch eine Bescheinigung der Orts- oder Polizeibehörde entschuldigt werden.“ Die Gründe, welche allein von dem Erscheinen auf dem Kontrollplatze entbinden können, sind: 1. Krankheit, 2. Entbindung der Ehefrau, 3. plötzliche Krankheiten oder Todesfälle in der Familie, 4. Amtsverrichtungen, die keinen Aufschub erlauben, 5. nötige Reisen in Geschäften oder aus Gesundheitsrücksichten. Andere Gründe, namentlich Arbeiten oder Geschäfte im Wohnorte selbst dürfen, mögen sie noch so dringend dargestellt werden, nie zur Entschuldigung des Nichterscheinens geltend gemacht werden.

Die Zahl der Selbstmorde in Breslau war im Vergleich mit anderen Großstädten im Jahre 1891 eine sehr hohe, es haben sich daselbst mehr Selbstmorde ereignet als beispielsweise in Berlin, Hamburg, Leipzig und München, wie folgende Zahlen ergeben:

Table with 4 columns: City, Einwohner, Selbstmorde, berechnete. Rows: München, Berlin, Leipzig, Hamburg, Breslau.

Die meisten Selbstmorde kamen in Breslau im Mai vor, die wenigsten im Januar. Ueberhaupt ist es für Breslau charakteristisch, daß die Monate März bis einschließlich August überwiegend mehr Fälle aufzuweisen haben, als die Monate September bis Februar: in den erst genannten Monaten nahmen 80 Personen sich das Leben, in den letzt erwähnten 46. Im Jahre 1890 stellte sich das Verhältnis der Selbstmorde während derselben Zeit wie 76 zu 51.

Von der Neuschstraße. Die auf der Neuschstraße vorzunehmenden Regulierungsarbeiten sollen im Laufe des Sommers fertiggestellt werden. Die Gas- und Wasserrohre von größeren Dimensionen wurden bereits im vorigen Jahre gelegt. Im nächsten Monat soll mit dem Bau des Kanals daselbst begonnen werden; derselbe wird in der ganzen Länge der Neuschstraße vom Königsplatz bis zum Blücherplatz neu hergestellt; der alte vorhandene Kanal, welcher den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspricht, wird entfernt. Zur Vermeidung von Verkehrsstörungen, welche bei einem solchen Bau naturgemäß eintreten, ist von Seiten der Stadt-Bauverwaltung bei dem Vergeben dieser Arbeiten vorgesehen worden, daß entweder bei verlängerter Tag- und Nachtschicht gearbeitet wird, um die Arbeiten so schnell als möglich zu fördern. Für die Pfingstfeiertage muß der Verkehr freigegeben werden.

Beschlagnahme wurde ein falsches Einmarkstück. Es ist bei Einkäufen Vorsicht geboten, da auch falsche Taler- und Zweimarkstücke kursiren.

Kestgenommen wurde wegen verschiedener Betrüge reien der frühere Konditorgehilfe Bähsmitt.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 21. d. M. 78 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurde: einem Freistellenbesitzer aus Liebenthal ein schwarzer Pelz. — Abhanden kamen: einem Kaufmann auf der Lauengienstraße ein sächsischer Dukaten aus dem Jahre 1616; einer Dame aus Gräbchen Goldwaren im Werte von 30 Mark; einem Fräulein am Nikolaistadtgraben ein Portemonnaie mit 12 Mark. — Gefunden wurden: drei Spazierstöcke, ein Schlafrock, drei Portemonnaies, ein goldener Ohrring, ein Trauring, eine Brille, ein Pelztragen, eine Pelzmütze, zwei Oberhemden, zwei Broschen, ein Paar Schlittschuhe, ein Chapeau Claque, ein Paar Turnschuhe und zwei Paar Handschuhe.

Table with 6 columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Heu, Roggenstroh. Sub-columns: gute, mittlere, geringe. Further sub-columns: höchst niedr., niedr., hochst.

Gerichtliches.

Sandsberg a. W., 21. März. Strafkammer. — Eine magnetische Kur. Auf der Anlagebank der hiesigen Strafkammer nahm am 18. d. M. der 33 Jahre alte Dr. von Langsdorf aus Wiesbaden Platz, der durch seine magnetischen Kuren einen gewissen Ruf erlangt hat. Nach seinen Auslassungen, sowie aus den Akten wurde festgestellt, daß er seine Kuren seit dem Jahre 1876 betreibt. Seine Erfolge hat er, wie er behauptet, zum großen Teile den Hallucinationen zu verdanken, in denen ihm der verstorbene Homöopat Hahnemann Fingerzeige gebe. Der Ruf des Angeklagten drang durch Vermittelung der in Braunschweig erscheinenden „spiritistischen Zeitung“ zu der hier wohnhaften Witwe Eichenberg, die eine geistesranke Tochter besitzt, welche von verschiedenen Irrenärzten für unheilbar erklärt worden ist. Die Mutter wandte sich nach London an v. Langsdorf und wurde darauf von letzterem aufgefordert, eine Haarlocke ihrer Tochter einzusenden. Darauf erfolgte die Antwort, daß die Tochter zu heilen sei. Im Mai v. J. erschien der Heilkünstler hier in Landsberg, behandelte 8 Tage lang die Kranke, knüpfte jedoch gleichzeitig mit einer Hausbesorgerin, welche die Kranke pflegte, Bekanntschaft an. Nachdem er nochmals über Mutter versichert hatte, er werde ihre Tochter heilen, reiste er wieder ab, unterhielt jedoch mit der Frau Eichenberg einen regen Briefwechsel. Zum Staunen der Frau teilte er ihr brieflich verschiedene Vorfälle aus ihrem Hause mit, auch war er über ein kleines Fußübel unterrichtet, das sie befallen hatte. (Wie sich bei der jetzigen Verhandlung bei Gelegenheit der Verlesung von mehreren Briefen, die der Angeklagte an die vorhin erwähnte Pflegerin gerichtet, herausstellte, hatte ihn die letztere stets auf dem Laufenden erhalten.) Die Frau E.

schrieb jedoch dies Wissen übernatürlichen Kräften zu und sagte zu dem Wunderdoktor unbegrenztes Vertrauen. Noch Aufstellung eines Kontraktes traf von Langsdorf im Oktober v. J. abermals zur Behandlung der Geisteskranken hier ein. Er behandelte nunmehr die geistesranke Eichenberg bis Dezember v. J., jedoch ohne Erfolg. Endlich sagte, wie die „Frankf. Ober-Bez.“ berichtet, die Frau E. auf Grund verschiedener Momente Verdacht, so daß im Dezember durch Vermittelung des Vormundes die Verhaftung des Doktors erfolgte. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Betruges zu 4 Monaten Gefängnis, von welchen 3 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden sollen.

## Schlesien.

**Ratibor.** Es war doch so schön für die „christlichen“ Ordnungshelden in unserem finsternen Erdwinkel Oberschlesien, als es noch keine Sozialdemokraten hier gab und man dieselben kaum dem Namen nach kannte. Mit hämischer Schadenfreude wies man dorthin, wo die Sozialdemokratie sich stark ausbreitete und man blies mit vollen Backen in die Welt hinaus, daß die Sozialdemokratie nur in liberal-protestantischen Gegenden festen Fuß fassen könne; in katholischen Gegenden könne dieses nicht der Fall werden. Ja, man legte damals noch mitunter eine Lanze gegen den atheistischen Liberalismus für den Sozialdemokraten ein. Heute gehen die Vertreter der katholischen Kirche mit demselben atheistischen Liberalismus Hand in Hand zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Da kam der 20. Februar 1890 heran. Mit Schrecken hörten sie auf ihrer katholischen Domäne die dumpfen Tritte der Arbeiterbataillone und mit Schrecken gewahrten sie, daß ein namhafter Teil ober-schlesischer Arbeiter, die sie fest an sich gekettet glaubten, zur Sozialdemokratie überging; dieselbe hatte auf ihrem Triumpfszuge auch Oberschlesien berührt und hatte sich häuslich niedergelassen. Jetzt wurden alle Teufel gegen sie losgelassen. Von der Kanzel, in der Presse und Vereinen wurde Lüge und Verleumdung gegen uns geschleudert. Man gab sich scheinbar der frohen Hoffnung hin, daß dieses nur ein Uebergang sein und die „verblendeten“ Arbeiter bald in ihren Schöß zurückfahren werden. Zu diesem Zwecke wurden katholische Arbeitervereine gegründet. In denselben wurde über die soziale Frage, die man vorher ganz und gar leugnete, Vorträge gehalten, man wurde auf einmal gegen die geknechteten Arbeiter, die man vorher kaum beachtet hatte, so freundlich, daß es doch einige für bare Münze nahmen und ihrer Heuchelei glaubten. Doch allmählich kamen die ober-schlesischen Arbeiter zu dem Bewußtsein, daß die reaktionären Ultramontanen nur die Schildträger der Kapitalbesitzer sind. Vor kurzer Zeit ertönte ein Schmerzensschrei aus Tropplowitz in der schwarzen Base, genannt: „Oberschlesische Volkszeitung“. Dieses Lamento bezeugte, daß unsere Partei dort festen Fuß gefaßt hat. Es wurde in dem Berichte den katholischen Meistern ans Herz gelegt, die sozialdemokratischen Arbeiter zu entlassen, damit dieses „Gift“ nicht noch weiter freie. Die armen „verblendeten Arbeiter“ und auch die „armen Schelme“, die in Neustadt zur Konferenz delegiert waren, wurden darin herzlich bedauert. Vorige Woche brachte die alte Base wieder drei Schmerzensschreie aus Beneschau, einem Städtchen an der österreichischen Grenze im hiesigen Kreise gelegen. Es wurde in den Berichten hervorgehoben, daß der Süden unseres Kreises an der Grenze ein besonders günstige Boden für die Sozialdemokratie sei. Die Arbeiter aus den vollreichen Grenzdörfern arbeiten zu meist in Oesterreich, von wo sie die sozialdemokratischen Anschauungen mitbringen, welche sie in der Schenke und beim traulichen Dfen den Anderen mitteilen und so diese für die „Wundermäre“ zu begeistern suchen. — Die großen Dörfer: Deutsch-Krawarn und Rauten seien insofern der Gefahr der Einschleppung der Sozialdemokratie ausgelegt, indem die Bevölkerung größtenteils als Arbeiter und Hausierer nach Norden und Westen zieht und sozialdemokratisch wiederkehrt. In diesen beiden Dörfern sind zu ihrem großen Leidwesen die katholischen Männervereine flüchten gegangen, wofür wir unsererseits unser herzlichstes Bedauern ausdrücken. Weiter schreibt der Berichterstatter aus Beneschau: In einem benachbarten Dorfe hatte der Herr Pfarrer seinen Zuhörern in der Kirche von der Kanzel herab die Sozialdemokratie in ihrer wahren Gestalt gezeigt, was auf die Gemüter einen sichtlich Eindruck gemacht haben soll. Als sie aber die Kirche verließen, umringelten sie auf der Dorfstraße einen städtisch gekleideten Mann, der ihnen auseinandersetzte, daß das, was der Pfarrer auf der Kanzel gegen die Sozialdemokratie vorgebracht habe, gar nicht wahr sei. Der städtische Mann ging dann mit seinen Zuhörern in die Dorf-schenke, um beim Schnaps den Vortrag seiner weltberühmten Lehren fortzusetzen. — Wir sehen also, daß alle angewandten Vorkehrungen, gemeine Kniff, Lügen

und Verdrehungen gegen unsere Partei auf die Dauer nicht Stand halten, daß auch die Arbeiter in unserem verdummten Winkel allmählich zur Einsicht kommen, daß die Magenfrage nicht mit und durch die Religion beseitigt werden kann, daß, um das Jenseits zu erlangen, auch eine leidliche Existenz hier auf Erden Vorbedingung sei und ein hungriger Magen zu religiösen Uebungen nicht sehr aufgelegt ist. Erst Arbeit und Brot und dann Religion!

**Tropplowitz.** Sonntag, den 20. März, hatten wir in Tropplowitz Gelegenheit, unseren Gegnern den Beweis zu liefern, daß sie mit ihren geistigen Waffen welche sie gegen die Sozialdemokratie ins Feld führen, unterliegen müssen. Kurz vor der Versammlung erschienen die Geistlichkeit, der in kurzer Zeit ihre Garde folgte. Die Stellung, die sie vor der Versammlung einnahmen, ließ die Aussicht aufkommen, daß die Sozialdemokratie dieses Mal mit schwerem Geschütz ins Feld ziehen müsse, um die Gegner kampfesunfähig zu machen. Siegesfroh blickte der Kaplan seine Garde an und träumte schon im Geiste, den Sieg in der Rocktasche zu haben. Hier bewährt sich aber das Sprichwort: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten.“ Josef Brause aus Fürstl. Langenau eröffnete um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr Nachmittags die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Als Brause als Vorsitzender das Bureau bekannt gab, welches vor der Versammlung bestimmt war, fühlte der Herr Dechant aus Tropplowitz, daß sein ganzer Plan, wie man bemerken konnte, ins Wasser gefallen war. Die Worte, die er der Versammlung zur Kenntnis brachte, gingen dahin, daß es vollständig ist, ein Bureau zu wählen. Der Vorsitzende bemerkte sehr richtig, daß ihm das Recht allein zusteht, ein Bureau von der Masse wählen zu lassen oder nicht. Der geistliche Herr erwiderte, daß der Vorsitzende geistlich verpflichtet ist, ein Bureau von der Versammlung wählen zu lassen. Als ihn der Vorsitzende aufforderte, er solle ihm den Paragraphen zeigen, der dies im Gesetze vorschreibt, stand der Herr Dechant auf und sagte: Unter diesen Verhältnissen kann man nicht hierbleiben. Jetzt forderte der Herr Kaplan alle „gutgesinnten Katholiken“ auf, das Lokal zu verlassen, was auch erfolgte. Unter Vorantritt der Geistlichkeit marschierte die schwarze Garde brüllend wie böse Gassenhunden, denen man einen Spaß verdorben, aus dem Lokal ab. Daß die große Masse der Erschienenen im Lokal blieb und über die Niederlage der Gegner lachte, ist selbstverständlich. Der Vorsitzende erteilte dem aus Breslau anwesenden Genossen Ernst Zahn das Wort über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die soziale Frage“. Der Redner geißelte in packenden Worten die heutigen Zustände und reicher Beifall lohnte seinen Vortrag. In der Diskussion forderte der Vorsitzende die noch anwesenden Gegner auf, sich an der Debatte zu beteiligen, denn heute haben sie die Gelegenheit, frei und offen ihre Meinung auszusprechen und nicht nur dort das große Wort zu führen, wo keine Sozialdemokraten anwesend sind. Natürlich meldete sich Keiner. Zum Schluß der Versammlung brachte der Vorsitzende ein dreimaliges Hoch auf die internationale Sozialdemokratie aus, in welches die Masse begeistert einstimmte. Brutus.

**Jauer, 21. März.** Durch die Veranlagung nach dem neuen Einkommensteuergesetz hat sich hier ein höheres Ergebnis als früher nicht herausgestellt: wenn auch die höheren Einkommen jetzt bedeutend stärker zur Steuer herangezogen werden, wie früher, so sind doch auf der anderen Seite die geringeren Einkommen so ermäßigt, daß das Gesamtergebnis gegen früher zurücksteht. Die Differenz ist nicht bedeutend, da es sich um eine Erhöhung der bisher erhobenen 208 Prozent auf 215 Prozent handeln soll. Natürlich hängt das Zurückgehen der kleineren Einkommen mit dem immer weitergreifenden Notstand zusammen.

**Bautzsch, 20. März.** Feuer. Gestern Nachmittags 1 $\frac{1}{4}$  Uhr brach hier in der Scheuer des Stellenbesizers Fiebig ein Feuer aus, welches durch einen scharfen Ostwind angefaßt, mit rapider Schnelligkeit um sich griff und die nächstliegenden Besitzungen in kurzem zernichtete. Sehr zu bedauern sind die Verunglückten, denen die Flammen alles geraubt; denn diese abgebrannten Besitzer sind leider solche, welche keinen Notsperrig haben.

**Lahn, 20. März.** Wieder ein „Ordnungsmann.“ Gestern wurde durch den Gendarm der Lehrer G. in Mauer wegen Sittlichkeits-Vergehen gegen Schulkinder seiner Schule in Untersuchungshaft genommen. Wieviel auf Wahrheit beruht, muß erst die Untersuchung ergeben. G. soll seit langer Zeit dem Trunke ergeben sein. Er ist über 30 Jahre alt, unverheiratet und ein begabter Lehrer.

**Reichenbach u. G., 20. März.** Brand der Spinnfabrik. Die Spinnfabrik der Firma Franz Rosenberger jun., welche, wie bereits berichtet, gestern Abend abbrannte, liegt 300 Schritt abseits der von hier nach Schweidnitz führenden Chaussee. In unmittelbarer Nähe, nur durch einen Fahrweg getrennt, befindet sich die Maschinenbauanstalt von Wilhelm Vogel, etwa 150 Schritt davon die mechanische Weberei von Gebrüder Cohn. In diesen drei Fabriken sind etwa 600 Arbeiter tätig, hiervon 300 in der Rosenberger'schen Fabrik. In letzterer waren die Vorsichtsmaßregeln getroffen, um einen bei dem feuergefährlichen Betriebe leicht ausbrechenden Brand bald bekämpfen zu können; es waren in dem Fabrikgebäude dessen einer Flügel 20, der andere 18 Fenster Front hatte und das teils drei, teils vierstöckig war, 18 Extinguishers aufgestellt. Durch diese Löschgeräte wurde im letztvergangenen Jahre viermal ausgebrochenes Feuer im Keime erstickt. Gestern Abend wurde, wie allsonnabendlich, die Arbeit nachmittags um 5 Uhr geschlossen, die Ablohnung war um 7 Uhr beendet und alle Fabrikarbeiter hatten die Fabrik verlassen. Kurz nach 8 Uhr brachen, wie berichtet wird, aus bis jetzt unaufgeklärter Ursache plötzlich aus dem zweiten Stockwert des westlichen Flügels Flammen hervor und breiteten sich mit Blitzesschnelle über das Gebäude aus. Die Feuerwehr traf zwar schnell ein, doch ließ die Ausdehnung, die das Feuer bereits gewonnen hatte, erkennen, daß die Fabrik nicht mehr gerettet werden konnte. Die Hauptaufgabe war, die Vogel'sche Fabrik zu halten, und diese Aufgabe wurde in sehr heißer Arbeit erfüllt. Die Windrichtung wurde so gefährlich, daß infolge von Feuer und Qualm wiederholt die Löschmannschaft von dem Dache der Vogel'schen Fabrik zurückgehen mußte, doch immer wieder drangen sie vor, und nach 2 $\frac{1}{2}$  stündigem Ringen mit dem entfesselten Element wurde endlich der Sieg über dasselbe errungen, die Flammen waren so weit gedämmt, daß sie der Vogel'schen Fabrik keinen Schaden mehr antun konnten. Erst kürzlich an der letztgenannten Fabrik angebrachte eiserne Fensterladen trugen wesentlich zum Aufhalten des Feuers mit bei. Auch der Schutz der Cohn'schen Fabrik vor Flugfeuer gelang vollständig. Der Schaden, den das Feuer in der Rosenberger'schen Fabrik angerichtet hat, wird auf etwa eine Million Mark gerechnet; die schlesische und die deutsche Feuerversicherung sind beteiligt. Erhalten wurde nur die Wohnung des Spinnmeisters, sowie ein Lageraum, in dem ein sehr erheblicher Posten Baumwolle aufgestapelt lag. In der Fabrik waren 14344 Spindeln im Gange; sie ist bis auf die Umfassungsmauer niedergebrannt. Die Maschinen bilden ein dem Trümmerhaufen ein wüstes Chaos; die meisten waren erst in jüngster Zeit neu angeschafft.

**Hirschberg i. Schl., 22. März.** Hinrichtung. Der am 16. Januar d. J. vom Schwurgericht wegen Ermordung des 68 Jahre alten Häuslers Hermann aus Krummholz zum Tode verurteilte 19 Jahre alte Knecht Josef Spiller ist heute früh hingrichtet worden. Bereits gestern Nachmittag traf der Scharfrichter Reindel aus Magdeburg mit seinen Gehilfen hier ein. 5 Minuten vor 3 $\frac{1}{6}$  Uhr kam Reindel mit seinen Gehilfen zur Richtstätte. Genau um 3 $\frac{1}{6}$  Uhr begann das Armeesünder-Blöcklein zu läuten. Es fanden sich Mitglieder des Gerichts-Kollegiums und Stadtverordneten-Kollegiums, Ärzte und andere geladene Personen ein. Mit dem Glockenschlage 6 Uhr wurde der Delinquent dem Scharfrichter vorgeführt. Die Exekution ging ohne jeden Zwischenfall von Statten.

**Liegnitz, 21. März.** Das Fortbestehen der von den städtischen Behörden eingerichteten Geschäftsstelle für die Alters- und Invaliditätsversicherung war dadurch einigermaßen in Frage gestellt, daß der Stadt nicht unbeträchtliche Kosten erwachsen, zu deren dauernder Uebernahme die städtischen Behörden wol kaum geneigt gewesen sein würden. Der Magistrat hatte deshalb wiederholt bei der Versicherungsanstalt für die Provinz Schlesien um Ersatz der durch die Verwaltung der hiesigen „Geschäftsstelle“ der Stadt erwachsenden Kosten petitionirt. Diese Petition hat nun endlich den gewünschten Erfolg gehabt; beim hiesigen Magistrat ist, dem „Liegnitzer Anzeiger“ zufolge, die Mitteilung eingegangen, daß die Provinzial-Versicherungsanstalt einen Zuschuß zu den Kosten der Geschäftsstelle gewähren will. Der Zuschuß soll, dem Antrage des Magistrats entsprechend, sechs Prozent der von der hiesigen Geschäftsstelle einzuziehenden Versicherungsbeiträge betragen, was im Jahre eine Summe von etwa 5—6000 Mark ausmacht.

**Myglowitz.** An dem Aufkommen des Bergmanns Latoz, der vom Starrkrampf erkrankt ist, wird immer mehr gezweifelt, da der Schwäche-

zustand von Tag zu Tag bei demselben zunimmt, ihm auch in letzter Zeit die Füße erheblich angeschwollen sind.

Brieg. Für viele Landwirte des hiesigen Kreises eröffnen sich auch für dieses Jahr trübe Aussichten. Die Saaten und insbesondere die Kleefelder haben bereits im vorigen Herbst und auch den Winter über durch Mäusefraß sehr gelitten. Manche Besitzer werden sogar gezwungen sein, ihre Kleefelder umzupflügen und andere Futterpflanzen anzusäen. Zu den dadurch entstehenden Neutosten kommen die Ausgaben für anzuschaffende Saatkartoffeln und Sommer-Saatgetreide, da sowohl die Getreide- als Kartoffelernte für viele Landwirte im vorigen Jahre eine ungünstige war. Das sind in der Tat trübe Aussichten, die dadurch nicht besser werden, daß es mit der Landwirtschaft auch in anderen Gegenden sehr schlecht bestellt ist.

Beuthen O.S., 20. März. Der unangenehme Grenzmittelfall, welcher sich am dritten Weihnachtsfeiertage bei dem nahen Scharley abspielte, fand gestern vor der hiesigen Strafkammer seine Sühne. Die jungen Schießhelden Ogorel und Rigensa erhielten für das Schießen auf den russischen Posten, dessen Mantel durchlöcherig worden war, je vierzehn Tage, Bäß als Haupttatentäter drei Wochen Gefängnis. Der russische Soldat war als Zeuge zur Stelle. Die Burschen waren geständig, ohne Grund, lediglich zum Zeitvertreib, auf den Posten wiederholt geschossen zu haben. Rigensa und Bäß wurden dann bekanntlich durch einen Schuß des Postens nicht unerheblich verwundet und lagen einige Zeit krank darnieder.

Neusalz a. O., 22. März. Schiffsunglück. Kaum ist die Schifffahrt auf der Oder wieder eröffnet worden, so hat sich schon ein betrübendes Schiffsunglück ereignet. Als am 19. d. Mts., Nachmittags, der Schiffseigner Ernst Kochale aus Köstlich die hiesige Oberbrücke mit seinem Fahrzeug vorschriftsmäßig und glücklich passirt hatte und nun unterhalb der Brücke das Schiff wieder wenden wollte, fuhr dieses auf eine unter dem Wasser liegende Seiche auf. Infolgedessen bekam es ein Leck und war binnen kurzer Zeit vollständig gesunken. Die Ladung bestand aus 3000 Zentner Zucker. Am nächsten Morgen war von dem Fahrzeug auch nicht eine Spur mehr zu sehen. Die Bergungsarbeiten sollen bald beginnen. Schiff und Ladung sind versichert.

Waldburg. Unser „Hausfreund“, der Schildknappe derer von Geldsackgnaden, hält es für notwendig, das wieder zu geben, was ein Professor über die ländliche Arbeiterfrage gesagt. Demnach soll diese Frage in dem Widerspruch begründet sein, daß sich die Lebensbedingungen der Guts-Tageelöhner während der letzten 50-80 Jahre außerordentlich gebessert, während ihre gesellschaftliche Stellung sich nicht verändert habe. Das ist eine Behauptung, die schlechterdings auch nur dem Gehirn eines deutschen Professors entspringen konnte. Das Letztere ist zweifelsohne richtig, denn in Wirklichkeit sind viele Guts-Tageelöhner und Dienstboten heute noch gerade so sehr leibeigen, als zur Zeit, wo sie es auch formell waren. Selbst der Peitsche haben sich verschiedentlich Gutsherrn und Inspektoren noch nicht entwöhnen können und im übrigen haben wir ja auch die G. f. f. Ordnung noch, welche Züchtigungen durch die Herrschaft geradezu vorsieht resp. zuläßt. Daß aber die materielle Lage der ländlichen Arbeiter sich außerordentlich gebessert haben soll, ist einfach nicht wahr, denn wenn auch wirklich die Löhne gestiegen sind, so bedeutet dies angesichts der kolossalen Geldentwertung nicht bloß keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung. — Das Kapitalistenblatt beschäftigt sich auch mit dem drohenden Streik der englischen Bergleute und sieht es geradezu als Hochverrat gegen Sr. Heiligkeit Gott Mammon an, daß dieselben sich anmaßen wollen, durch verringerte Förderung den Kohlenpreis und dadurch auch ihre Löhnung in die Höhe zu bringen. Damit, so ruft der „Hausfreund“ ganz entrüstet aus, — maßen sich also die Bergarbeiter in England an, der gesamten Industrie dauernd Vorschriften über ihre Produktion machen zu wollen u. s. w. Wir können uns beim besten Willen nicht entöhnen, im „Hausfreund“ jemals auch nur ein Wort gegen die Dinge der deutschen Kohlenbarone gelesen zu haben, welche geschlossen wurden, um Publikum und Arbeiter gleichzeitig zu schröpfen, allerdings handelte es sich dabei auch um Rug und Frommen des Geldsacks von einem halben oder ganzen Duzend Geldprozen, und hier handelt es sich um zirka eine halbe Million Arbeiter und das genügt, um die Haltung des „Hausfreund“ zu erklären. Uebrigens ist dies Blatt auf die englischen Gewerksvereine sehr schlecht zu sprechen, während es erst kürzlich den deutschen Hirsch-Dunker'schen ein Lobkuechen sang.

Das hat halt seine Ursache darin, daß die deutschen Gewerksvereine noch nicht einmal der Schatten von den englischen Gewerksvereinen sind.

Kampersdorf. Am 19. d. M. morgens gegen drei Uhr drangen Diebe in den Stall des Dominiums und entwendeten den dort schlafenden Leuten fast sämtliche Kleidungsstücke, sowie eine neue Nickel-Cylinderuhr. Sodann versuchten die Diebe aus der Gefindestube ein paar Stiefeln zu stehlen, woran sie jedoch durch das Erwachen der in dieser Stube schlafenden Köchin gestört wurden. Auf deren Befragen, was sie hier zu suchen hätten, gaben die Diebe lachend zur Antwort, sie kämen nach dem großen Ofen und entfernten sich alsdann. Nach einem offen stehenden Fenster zu schließen, haben die Eindringlinge auch dem Kuhstall einen Besuch abgestattet. Die Köchin will drei Männer, einen von größerer und zwei von kleinerer Statur gesehen haben und ist anzunehmen, daß dieselben mit den örtlichen Verhältnissen vertraut waren.

Ans dem Landkreise Breslau. In der Nacht vom 25. zum 26. v. M. brannte in Zerasseltwitz hiesigen Kreises eine Scheune nieder, als Ursache wurde vorläufige Brandstiftung mit Bestimmtheit angenommen, ohne daß man jedoch eine Spur des Täters ermitteln konnte. Ferner brannten in der Nacht zum 9. d. M. in demselben Orte 5 Scheunen ab. Obgleich die Scheunen in einer Fluchtlinie standen, war eine Uebertragung des Feuers von einer Scheune auf die andere ausgeschlossen, da die Entfernung zwischen denselben zu groß war. Auch diesmal konnte eine böswillige Brandstiftung vorliegen. Diese Vermutung wurde auch durch den Umstand bestätigt, daß alle fünf Scheunen fast zu gleicher Zeit in Brand gerieten und in einer von ihnen armdicke Löcher zur leichteren Entzündung entdeckt wurden. Fußspuren im Schnee sowie ein an der Brandstelle gefundenes Messer lenkten den Verdacht auf den 64 Jahre alten Auszügler Rügler in demselben Orte. Derselbe wurde verhaftet und nach Breslau gebracht. Hier hat er sich im Gerichtsgefängnis noch am selben Tage in seiner Zelle erhängt, nachdem er vorher seine Tat teilweise eingestanden hatte.

### Posen.

Rissa, 22. März. Selbstmord, Konkurs und Wechselfälschungen. Der Kaufmann Paul Hausner, Inhaber eines der größten hiesigen Kolonialwarengeschäfte, welches auch eine Filiale in Schweskau unterhielt, beging vor einigen Tagen infolge Vermögensverfalls in einem Breslauer Hotel Selbstmord. Im Zusammenhang damit steht der über die Geschäfte verhängte Konkurs. Hausner erfreute sich allgemeinen und großen Vertrauens, bekleidete mancherlei Ehrenstellen und wurde für einen wohlhabenden Mann gehalten. Man schreibt über den Fall: Es stellt sich nunmehr mit größerer Sicherheit heraus, daß Hausner das Vertrauen seiner Mitbürger in schändlicher Weise gemißbraucht hat. Wechselfälschungen, Veruntreuungen von Mündergeldern und Unterschlagungen der mannigfachsten Art sollen vorliegen. Unter seinen Gläubigern befinden sich bedauerlicher Weise auch viele Personen, die ihre mühsam erworbenen Spargroschen verlieren. Die meisten Schuldforderungen sind von Bewohnern unserer Nachbarstadt Schweskau angemeldet worden. Hier erfreute sich H. ganz besonderer Beliebtheit; seine zur Schau getragene Frömmigkeit, sein verbindliches Lächeln und sein nobles Auftreten verleiteten leider so Viele, dem angesehenen Rissaer Handelsherrn ihr ganzes Vertrauen zu schenken.

Posen, 21. März. Die Bewegung des Grundeigentums in den östlichen Provinzen ist in den letzten Jahren sehr bedeutend gewesen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind verschiedener Art, hängen aber im Grunde alle mit der Kalamität zusammen, unter welcher die kleine Landwirtschaft nun schon seit Jahren zu leiden hat. In Betracht kommt hier zunächst die Zwangsversteigerung. Ueber den Umfang gerichtlicher Grundverkäufe giebt es eine amtliche Statistik nicht, und die auf privatem Wege in die Öffentlichkeit gelangenden Angaben beschränken sich meist nur auf einzelne Kreise. Aber gleichwol genügen diese Zahlen, um darzutun, daß die Grundbewegung infolge der Zwangsversteigerung erschreckend groß und jedenfalls in der Zunahme begriffen ist. Daß die von ihren Grundstücken verjagten Bauern über kurz oder lang sich uns anschließen, ist selbstverständlich.

### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 22. März.

Heirats-Ankündigungen I. Kaufmann Emil Adam, ev., Katharinenstr. 2, und Klara Hahn, evang., Braunsitz.

Selbstmord Ernst Christoff, evang., Anderschuhstraße 2, und Bertha Krause, ev., daselbst. — Buchhalter Julius Krüger, ev., Seminarstraße 5, und Louise Kabisch, ev., Bobrauerstr. 12. — II. Assuranzbeamter Herm. Petroll, ev., Brüderstr. 21, und Mar. Gabriel, kath., Klosterstr. 82. — Rärner Wilh. Gelle, ev., Weibenstr. 14, und Anna Frisch, kath., Köpckestraße 11. — Sergeant Wilh. Mischke, ev., zu Kleinsburg, und Pauline Jecht, ev., Auguststraße 26. — III. Zeichner Karl Mittenberg, ev., Wäldchen 8, und Helene Stäb, kath., Rosenthalerstr. 11b. — Arbeiter Julius Neumann, ev., Matthiasstraße 27d, und Anna Dittmann, kath., daselbst. — Stenograph Herm. Mänch, kath., Brigittenhal 5, und Bertha Mielke, geb. Hein, kath., daselbst. — Fürsil. Marktscheider-Assistent Adolf Böse, kath., Waldburg, und Luise Beier, kath., Lehmbaum 18. — Pastor Alfred Müller, evang., Deichstr. 17. — Kaufmann Robert Weise, evang., Schühbrücke 82, und Klara Krause, ev., Bismarckstraße 84.

Eheschließungen I. Privatier Karl Meißner, evang., mit Emilie Wagner, geb. Fuschke, kath., hier. — Koiffeur Barthélemi Sobiert, kath., Berlin, mit Elsbeth Huth, evang., hier. — Friseur Hugo Hallwig, ev., Striegate, mit Margarethe Schröder, ev., hier. — Kaufmann Otto Wogdorff, jüd., mit Marie Altmann, jüd., hier. — Musiklehrer Karl Busse, ev., mit Emilie Heibler, geb. Reifewitz, evang., hier. — II. Hilfs-Weichensteller Wilh. Wiesner, evang., zu Rothkreutzham, mit Hulda Jusk, geb. Wenzel, ev., hier. — Brauereibesitzer Arnold Stange, ev., hier, und Selma Schölsinger, mos., zu Petrasowitz. — Fabrik. Gust. Heintze, ev., zu Berlin, mit Elsbeth Barthel, geb. Leuschner, evang., hier. — III. Fleischermeister Heinrich Pippert, ev., mit Ernestine Reih, evang., hier. — Oberkellner Franz Stolle, kath., mit Aug. Pieplow, ev., Glogau.

Geburten I. Rutscher Ernst Zerbich, evang., S. — Schneidermeister Paul Szejebny, kath., S. — Koiffeur Gustav Sturm, ev., S. — Schneidermeister Paul Gwöhn, kath., S. — Schuhmacher Valentin Ograbitz, kath., L. — Schuhmacher Anton Fiebler, kath., S. — Kaufmann Ignaz Zweig, jüd., S. — Kaufmann Waldemar Epstein, jüd., L. — Schuhmachermeister Robert Kreisler, kath., S. — Arbeiter Paul Baumgart, kath., L. — Monteur Heinrich Conrad, ev., S. — II. Wurstfabrikant Reinhold Jacob, ev., L. — Erbsch. Adolf Schirmacher, ev., L. — Schmied Wilhelm Latner, ev., L. — Lehrer Ernst Grah, ev., S. — Tischler Emil Schmitz, kath., L. — Hilfsbremser Gottlieb Ruch, ev., kath., S. — Fabrikarbeiter Ernst Pletsch, kath., S. — Haushälter Carl Wende, ev., S. — Straßenbahnführer Carl Strauß, kath., S. — Bahnarbeiter Ernst Mischke, ev., S. — Haushälter Gottlieb Marschal, ev., S. — Arbeiter Johann Wiesner, ev., L. — Klempner August Kleinau, ev., S. — Hilfsbremser Edward Weber, kath., S. — Tischler Carl Döhrer, ev., L. — Zimmermann Otto Rucke, ev., S. — Bureaugehilfe August Ködler, ev., S. — Haushälter August Bartsch, kath., S. — Wagenlackierer Oscar Riese, ev., L. — III. Lackierer Karl Krause, ev., L. — Arbeiter Wilhelm Stab, ev., S. — Schriftsetzer Heinrich Müller, ev., L. — Gymnasiallehrer Josef Moser, kath., S. — Eisenbahnschlosser Oskar Kotsch, kath., L. — Schuhmacher Reinhold Seiditzky, kath., S. — Zigarrenarbeiter Franz Glis, kath., S. — Restaurateur Paul Puls, kath., S. — Haushälter Johannes Gottwald, kath., L. — Schlosser Hugo Wagner, kath., S.

Todesfälle II. Hedwig, L. b. Bankbeamten Arthur Schmidt, 3 J. — Apoteker und Stadtverordneter August Hauße, 55 J. — Margarethe, L. des Schriftsetzers Heinrich Müller, 1 St. — Restaurateurfrau Rosalie Franke, geb. Hoffmann, 62 J. — Arbeiterin Karoline Guroll, 57 J.

### Grerkhalten.

Briefkasten für den lokalen Teil.

B. R., Schmiedeberg. Unserer Auffassung nach hat die Stadt die Fahrverminderung des Weges gar nicht zu verweigern, da der Grund nicht ihr Eigentum ist. In Bezug auf das Eigentumsrecht des ursprünglichen Pades scheint jedoch eine gerichtliche Entscheidung durchaus notwendig. Sie tun daher am besten, wenn Sie sich mit einem dortigen gewigten Rechtsanwält in Verbindung setzen.

H. 21, hier. Michaelis-Freiburg führt derartige Mabeln.

J. S., hier. So lange die Eltern österreichische Staatsbürger sind, werden auch ihre Kinder als solche geboren. Die Knaben müssen also ihrer Militärpflicht in Oesterreich genügen.

G. S., Brieg. Sie brauchen sich darüber garnicht zu wundern. Die betreffenden Berichte hätten uns eben viel größere Gefängnisstrafen eingetragen, als sie wert waren. Wir können doch unmöglich Alles aufnehmen, was man uns einsendet, das aber die Allgemeinheit nicht einmal interessiert! Das Leatersstück ist zu haben. — Gruß!

Briefkasten der Expedition.

Für den Preßfond gingen ein: 1 roter Geldsack B. R. 50 Pf.

### Gelesene Nummern

der „Volkswacht“ wirft man nicht achtlos bei Seite, sondern man giebt sie weiter!

Nur, wenn jeder Leser der „Volkswacht“ stets sich die Verbreitung angelegen sein läßt, kann die Abonnentenzahl stetig steigen und unser rastloser Kampf gegen Dummheit und Niederracht erfolgreich sein!

Genossen, handelt danach!

### Socialdemokratischer Les- u. Discutir-Club „Solidarität“.

Mittwoch, den 23. d. Mts., Abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**

im Lokal des Herrn Klüster, Lehndamm 28.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fischer: „Sozialpolitische Betrachtungen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Das Thema spricht für sich selbst und läßt auf zahlreichen Besuch rechnen. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder daher notwendig. Auch werden die p. t. Mitglieder ersucht, ihre resignierenden Beiträge zu begleichen.

Sonntag, den 27. März, Nachm. 5 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Edlich, Neumarkt 8,

### Öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Berichterstattung des Delegierten vom Halberstädter Gewerkschafts-Congress.
- 2. Verschiedenes.

Um recht zahlreichen Besuch ersucht

Der Einberufer.

Sonntag, den 27. März, Nachmittags 4 Uhr  
im Lokale des Herrn Edlich, Neumarkt 8,

### Mitglieder-Versammlung

des Unterstützungs-Vereins deutscher Tabakarbeiter (Zahlstelle Breslau).

Tages-Ordnung:

- 1. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung.
- 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorsitzende.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband, Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.

Sonntag den 27. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr  
im Café restaurant, Karisstraße

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Entgegennahme von Beiträgen. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Anträge. Um recht zahlreichen und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Die Ortsverwaltung.

### Zur Mai-Feier

empfehlen seine 4stimmigen Männerchöre  
J. Günther, Musik-Verlag, Dresden.

Kataloge gratis und franko. 27

### Die Geschichte der Commune von 1871

von Lissagaray.

2. vom Verfasser durchgesehene Ausgabe. (X. Band der Internation. Bibliothek. Preis 3,00 Mk.)

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

### Die christliche Kirche und der Sozialismus.

Eine sozialdemokratische Antwort auf die Encyclika Leo XIII.

Von Kurt Falk.

Preis 35 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition und Colporteurs dieses Blattes.

Im Verlag von M. Ernst in München erschienen  
soeben und ist durch unsere Expedition zu beziehen:

## Gelegenheitsgedichte und Prologe für Arbeiterfeste.

Mit einem Anhang:

## Winke für Redner.

Den deutschen Arbeitern gewidmet von

Manfred Wittich.

Preis 6 Bogen in 8° 75 Pf.

### Vereins-Kalender.

Breslau.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen (Zentrale). Jeden Donnerstag von 7 1/2 - 9 1/2 Uhr: Versammlung im Vereinslokal bei Edlich, „drei Tauben“, Neumarkt. Zahlabend. Aufnahme neuer Mitglieder. Kollegen, welche nicht der Vereinigung angehören, sind als Gäste willkommen.

Gesangverein Breslauer Hutmacher. Jeden Donnerstag, Abends von 8 1/2 - 10 Uhr: Übungsstunde im Restaurant „Wai, Hummer“. Gesangverein der Steinmetzen. Jeden Donnerstag, Abends 7 Uhr: Übungsstunde unter tüchtigem Dirigenten in Zabels Lokal, Kleine Grobchengasse No. 15.

### Einbanddecken

„Der Mensch und seine Rassen“  
à Stück 1 Mark liefert die Expedition der „Volkswacht“, Breslau.

### Zur Konfirmation

empfehle in eigener Werkstatt gefertigte

Gold- und Silberwaren,

bestehend in Kreuzen, Medaillons, Ohrringen, Armbänder, Ketten und Ringen zu ausnahmsweisen billigen Preisen.

Lager von Korallen, Granaten und Alfenidwaren.

Jean Harnig

Neue Taschenstr. 7. vis-à-vis vom Simmenauer Neuen Taschenstr. 7. Reparaturen und Broschüren werden schnell, sauber und billigst ausgeführt.

## Ohne Konkurrenz

verkauft die unterzeichnete Fabrik ihre weitläufig bekannten Fabrikate in Bezug auf deren vorzügliche Qualitäten und fabelhaft billigen Preise; Die großartigen Massen-Einkäufe und die Verbindungen mit den größten Exporthäusern des In- und Auslandes ermöglichen es der Firma, ihren werten Kunden beim Einkauf ganz außerordentliche Vorteile zukommen zu lassen und damit jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten.

Es liegt im Interesse eines Jeden, bei Bedarf nur derartige Geschäfte aufzusuchen, deren Reellität bekannt und von deren Geschäftshandhabung man sich augenscheinlich überzeugen kann, denn nur dann ist man im Stande, sich gegen die immer häufiger werdenden Uebervorteilungen zu schützen.

Die unterzeichnete Fabrik verkauft ihre Fabrikate zu streng festen Großpreisen, welche auf jedem Stück deutlich sichtbar sind.

Bei einer derartigen Bedienung ist somit auch ganz entschieden jede Benachteiligung der Kundschaft durch Vorschlagen und Abhandeln unbedingt ausgeschlossen.

Die Firma empfiehlt:

### Konfirmanden-Anzüge

in tadelloser, elegantem Sitz, haltbarsten Stoffen und sauberster Ausführung vom allerbesten bis elegantesten Geschmack zu überraschend billigen Preisen.

Ferner:

**Herren-Anzüge** in Salon- und Promenaden-Facon und hocheleganter Ausführung von Mk. 13,50 an.

**Jünglings-Anzüge** in dauerhaften Qualitäten und schneidigem Sitz von Mk. 11 an.

**Knaben-Anzüge** in den neuesten Wiener und Berliner Facons von Mk. 3,50 an.

**Frühjahrs-Paletots für Herren** in den neuesten Dessins und geschmackvollsten Farben, schneidig sitzend, von Mk. 11 an.

**Frühjahrs-Paletots für Jünglinge** in haltbarsten Stoffen und bester Ausführung von Mk. 9,50 an.

**Frühjahrs-Paletots für Knaben** in den feinsten modernsten Facons von Mk. 5 an.

Hohrrollen-, Reise-, Pelzerinen-Mäntel, Havelocks, Schlafrocke, Joppen, einzelne Röcke, Brinkleider, Westen etc., alles in größter Auswahl.

Täglich Eingänge von den modernsten und feinsten Frühjahrs-Neuheiten.

Feine Nachbestellungen werden im eigenen Atelier unter Leitung hervorragender Kräfte der höheren Zuschneidkunst angefertigt. Nichtkonvenientes wird bereitwillig umgetauscht und zu jedem Stücke werden Blickrede beigegeben.

En gros.

S. Guttentag,

En detail.

Herren- und Knaben-Garderob-fabrik, Ohlauerstraße 76.77 I, Eingang Altbücher.

Verantwortlich: für den politischen Teil: Fritz Anner, Wilhelmstraße 1. — Für den lokalen und provinziellen Teil: Karl Thiel, Wallstraße 14c III. Für den Inseratenteil: E. Zahn. — Expedition Weisgerbergasse 64. — Verlag von D. Schöps. — Druck von Th. Schöps. — sämtlich in Breslau.

**Der Barbier von Breslau!**  
Fleißig läuft er durch die Straßen  
In dem Werfeltags-Costüm!  
Sonntags aber wird man schauen  
Keine Spur „Barbier“ an ihm!  
Da geht würdig er zu Biers,  
Festlich, wie'n Diplomat!  
Wer ihn sieht, ist fast gebendet  
Durch den riesigen Kleiderstaat!  
Feiner, wie der von Sevilla  
Ist in Breslau der Barbier,  
Denn die „Goldne Vierundsechzig“  
Sieht's in Spanien nicht — nur hier!

### Confirmanden-Anzüge

Mk. 6 an

bis zu den elegantesten, spottbillig. Frühjahrs-Paletots von 9 Mk. an. elegante v. 13 Mk. an, Schwalbaffe v. 10 Mk. an, mit Pelzerine hoch-elegant billigst, solide Herren-Anzüge v. 10 Mark an, hochfeine v. 15 Mk. an, blau Cheviot das Neueste v. 16 Mk. an, Braut-Anzüge in Tuch u. Sammgarn von 25 Mk. an, sehr gute von 33 Mk. an, Herren-Jaguaris von 5 Mk. an, Herren-Burkin-Hosen von 3 Mk. an, sehr feine von 5 Mk. an, Hosen und Westen von 6 Mk. an, modernste von 8 Mk. an, Quab.-Paletots von 3 Mk. an, Anzüge für jedes Alter von 2.50 Mk. an.

Sellner-Grads und Anzüge.

### „Goldene 74“

r. Etage, Ohlauerstr. 74, 1. Etage.

Bezugsquelle der ökonomischen Vereinnung Breslau.

Bezugsquelle der ökonomischen Vereinnung Breslau.